
Zehn Chancen für Europa nach dem Coronavirus

Mögliche
Perspektiven für
Verbesserungen in
der EU-Politik



EINGEHENDE ANALYSE

EPRS | Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments

Autor: Étienne Bassot
Wissenschaftlicher Dienst für die Mitglieder
PE 652.035 – Juli 2020

Während es in vielen Stellungnahmen und Analysen verständlicherweise in erster Linie um die Maßnahmen zur Bekämpfung und Abmilderung der unmittelbaren Auswirkungen der Coronavirus-Krise in Europa und der Welt ging, hat man sich mit den möglichen Chancen, die die Krise in Zukunft für eine bessere Politik bietet, noch relativ wenig befasst. In dieser Analyse des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments (EPRS) wird auf zehn Bereiche eingegangen, die Potenzial für Verbesserungen bieten könnten, wie beispielsweise eine engere Zusammenarbeit bei der Gesundheitspolitik, die Nutzung der Klimamaßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Erholung, neue Ansätze für die Arbeitswelt, die zukunftssichere Gestaltung der Bildung, die Nutzung des elektronischen Handels und die Verfechtung der europäischen Werte und des Multilateralismus.

AUTOREN

Diese Analyse wurde von Étienne Bassot herausgegeben. Dabei wurden (von Monika Nogaj koordinierte) Beiträge folgender Personen verwendet: Naja Bentzen, Denise Chircop, Gregor Erbach, Monika Kiss, Silvia Kotanidis, Tania Latici, Tambiama Madiega, Nora Milotay, Magdalena Sapała, Nicole Scholz, Jaan Soone und Marcin Szczepanski.

Diese Studie wurde vom Wissenschaftlichen Dienst für die Mitglieder, der zur Generaldirektion Wissenschaftlicher Dienst des Sekretariats des Europäischen Parlaments gehört, erarbeitet.

Um sich mit den Autoren in Verbindung zu setzen, senden Sie bitte eine E-Mail an: EPRS@ep.europa.eu

SPRACHFASSUNGEN

Original: EN

Übersetzungen: DE, FR

Redaktionsschluss des Originalmanuskripts: Juli 2020

HAFTUNGSAUSSCHLUSS UND URHEBERRECHTSSCHUTZ

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.

Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

Brüssel © Europäische Union, 2019

Fotonachweise: © jirsak/Adobe Stock

PE 652.035

ISBN: 978-92-846-6953-0

doi:10.2861/281781

QA-02-20-599-DE-N

eprs@ep.europa.eu

<http://www.eprs.ep.parl.union.eu> (Intranet)

<http://www.europarl.europa.eu/thinktank> (Internet)

<http://epthinktank.eu> (Blog)

Inhalt

Einleitung	1
1. Engere Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich	3
2. Nutzung der Klimamaßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Erholung	6
3. Neue Ansätze für die Arbeitswelt	9
4. Zukunftssichere Gestaltung der Bildung	12
5. Neubelebung der EU-Industrie: Zurück in die Zukunft	15
6. Nutzung des elektronischen Handels	18
7. Nutzung von Konnektivität zur Stärkung der Solidarität	21
8. Beschleunigung des Übergangs zu einem nachhaltigen und intelligenten Verkehr	24
9. Verfechtung der europäischen Werte und des Multilateralismus	27
10. Neue Impulse für die europäische Sicherheit: Wie Phönix aus der Asche?	30

Einleitung

Die Coronavirus-Pandemie, die die Welt seit Januar 2020 beschäftigt und deren Epizentrum im Frühjahr für einige Wochen in Europa lag, hat eine schwere, multidimensionale globale Krise ausgelöst. Eine erhebliche Belastung der nationalen Gesundheitsdienste, eine massive Rezession und neue Spannungsherde auf der Welt sind nur einige der offenkundigsten negativen Folgen, an die man hierbei denkt.

Seit Beginn der Pandemie haben Analysten zahlreiche Prognosen abgegeben. Dabei sind einige der frühen Prognosen aufgrund der neuen Situation inzwischen gegenstandslos. Der Fokus lag dabei hauptsächlich auf den negativen Auswirkungen und Risiken. So wichtig dieser Ansatz auch sein mag, um die strategische Planung zu untermauern und es den politischen Entscheidungsträgern zu ermöglichen, sich auf das Schlimmste vorzubereiten, wäre eine Analyse der Lage der Welt nach dem Coronavirus nicht vollständig, wenn nicht auch die andere Seite der Medaille betrachtet würde: nämlich die Chancen, die die Krise ebenfalls bietet.

Wo eine Krise ist gibt es auch Chancen

Nach dem *Oxford English Dictionary* bedeutet das Wort *Krise* im medizinischen Latein einen Wendepunkt im Krankheitsverlauf, der entweder eine Erholung oder den Tod anzeigt. Ursprünglich stammt das Wort jedoch vom altgriechischen Verb *κρίνειν* – entscheiden – ab und somit kann eine Krise als Zeitpunkt definiert werden, zu dem eine schwierige oder wichtige Entscheidung zu treffen ist. Wie jede andere Krise ist auch die Coronavirus-Krise ein Scheideweg, an dem schwierige Entscheidungen getroffen werden müssen und an dem Veränderungen sowohl nötig als auch möglich sind.

Das Beste aus der Krise machen

Die sich aus einer Krise ergebenden Chancen erschließen sich nicht immer sofort und werden manchmal von Schwierigkeiten überdeckt. Die Pandemie und der daraus resultierende Lockdown hatten einige direkte positive Auswirkungen, wie beispielsweise einen verringerten CO₂-Ausstoß und die Stärkung des elektronischen Handels. Andere potenziell positive Auswirkungen wie beispielsweise eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Gesundheitsbereich oder die Erneuerung der europäischen Industrie sind Möglichkeiten, die es auszuloten gilt.

Um ausgehend von den direkten positiven Auswirkungen einen dauerhaften Wandel herbeizuführen und die weniger offenkundigen Chancen zu nutzen, bedarf es des Nachdenkens und des Handelns. Die Fähigkeit Europas, auf den katalytischen, bisweilen aber auch disruptiven positiven Auswirkungen der Krise aufzubauen, wird als Maßstab für seine Widerstandsfähigkeit dienen: die Widerstandsfähigkeit seiner liberalen politischen Systeme, seiner Wirtschaft und seiner Bevölkerung – als individuelle Bürger und als Gesellschaft.

Ein kritischer Moment für Europa

Im öffentlichen Diskurs ist die Suche nach dem „neuen Normalzustand“ allgegenwärtig. Die Union wird sich nicht neu erfinden. Jedoch können aus konkreten Möglichkeiten wie der Debatte über die künftige Finanzierung der Union und den Aufbauplan sowie die Konferenz zur Zukunft Europas grundlegende Veränderungen erwachsen. Das Europäische Parlament hat sich in seiner am 23. Juli 2020 angenommenen Entschließung zu den Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates ausdrücklich für Gesundheit, Forschung, digitalen Wandel und Innovation stark gemacht. Die Konferenz zur Zukunft Europas bietet eine gute Gelegenheit für einen besser strukturierten Dialog mit der Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der mit der Pandemie einhergehenden Herausforderungen und Chancen. Ziel des Dialogs sollte in erster Linie eine Verbesserung

der Funktionsweise der EU sein, und zwar nicht nur im Hinblick auf die institutionelle Dynamik, sondern auch im Hinblick auf die Politikgestaltung, um den Bürgerinnen und Bürgern eine positive und konstruktive Perspektive zu bieten.

Zehn Chancen – eine Momentaufnahme

Diese Analyse ist an die vom EPRS zu Beginn jedes Jahres herausgegebene Reihe „Zehn Themen, die im Fokus stehen werden“ angelehnt. Einige der in den folgenden Kapiteln beschriebenen Chancen sind sehr spezifisch, während es bei anderen mehr um das große Ganze geht. Ziel ist es nicht, alle denkbaren Aspekte anzusprechen, sondern einige Aspekte hervorzuheben. Diese Analyse kann in Verbindung mit einem umfassenderen Paket an Arbeiten, Analysen und Untersuchungen des EPRS zu den langfristigen Auswirkungen der Coronavirus-Krise wie der Studie [Towards a more resilient Europe post-coronavirus: An initial mapping of structural risks facing the EU](#) und 20 „Ideenpapieren“ zur EU-Politik und Widerstandsfähigkeit bei der Überwindung der Krise betrachtet werden.

1. Engere Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich

Die Coronavirus-Pandemie zeigt, dass Gesundheitskrisen jederzeit auftreten können und Gesundheitsgefahren an den Grenzen keinen Halt machen. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, eines abgestimmten Vorgehens und einer bestmöglichen Vorbereitung ist gewachsen und der Bedarf daran gestiegen. Wenn die richtigen Lehren aus dieser Krise gezogen werden, könnte sie einen Wendepunkt in der EU-Gesundheitspolitik darstellen.

1.1. Vom Gesundheitsgefälle zu einer Neuausrichtung der Politik?

Während die Verantwortung für die Gesundheitspolitik in erster Linie bei den Regierungen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten liegt, greifen bisweilen auch EU-Maßnahmen, und zwar insbesondere dann, wenn es um gesundheitspolitische Bereiche mit grenzüberschreitender Dimension geht. Ausgenommen einige Leitinitiativen wie das 1985 ins Leben gerufene Programm „Europa gegen den Krebs“ war die Gesundheitspolitik jedoch bis zur Coronakrise weitgehend Sache der Mitgliedstaaten. Die von der Pandemie verursachten Beeinträchtigungen und die in ihrem Zusammenhang zu beklagenden Todesfälle haben schonungslos gezeigt, welche große Ungleichheiten es bei den Gesundheitssystemen, ihren Kapazitäten und der Gesundheitspolitik der 27 EU-Mitgliedstaaten gibt. Gleichzeitig war die EU-Gesundheitspolitik von einem „Gefälle“ zwischen den Erwartungen der Öffentlichkeit und den tatsächlichen von der EU ergriffenen Maßnahmen geprägt. Bei einer [Eurobarometer-Umfrage](#) für das Europäische Parlament aus dem Jahr 2018 sprachen sich über zwei Drittel der Befragten für ein verstärktes Engagement der EU in den Bereichen Gesundheit und soziale Sicherheit aus. Das Coronavirus hat die EU-Gesundheitspolitik von heute auf morgen in den Mittelpunkt gerückt und bietet nun die Chance, die Rolle der EU im Gesundheitsbereich neu zu definieren.

1.2. Die Auswirkungen der Pandemie auf die öffentliche Gesundheit und die Gesundheitsversorgung

Die Coronavirus-Pandemie hat – ähnlich einem „Wahrheitsserum“ – die in den Gesundheitssystemen und der Gesundheitsversorgung in Europa zuvor bereits bestehenden Probleme offenbart. Man war offensichtlich nicht gut genug vorbereitet und es fehlte an medizinischer Ausstattung und Schutzausrüstung. An vorderster Front arbeitende Gesundheitsfachkräfte waren überlastet, die Versorgungskapazitäten der Krankenhäuser schnell erschöpft. Mit zahlreichen Todesfällen in Pflegeeinrichtungen forderte Covid-19 vor allem bei besonders gefährdeten Gruppen, einschließlich älteren Menschen, einen hohen Tribut. Dennoch birgt jede Krise auch Chancen. Eine der unmittelbaren positiven Auswirkungen der Pandemie ist das gewachsene Bewusstsein für den Nutzen [verstärkter Hygienemaßnahmen](#) zur Reduzierung der Auswirkungen des Coronavirus und zum Schutz vor Ansteckung der eigenen Person und anderer. Händewaschen, Hustenetikette und das Tragen von Masken sind für die meisten Menschen schon fast eine Selbstverständlichkeit, was bei möglichen künftigen Ausbrüchen von großem Nutzen sein wird. Eine höhere [Gesundheitskompetenz](#) ist ein weiteres erfreuliches Ergebnis. Die Europäer sind inzwischen mit den [wichtigsten Begriffen im Zusammenhang mit Covid-19](#) vertraut und wissen, wo sie [verlässliche Gesundheitsinformationen](#) finden. Ein Nebeneffekt der Krise ist zudem, dass die Menschen gelernt haben, mit [Fehlinformationen, Desinformation und Falschmeldungen im Internet](#) kritischer umzugehen – eine Fähigkeit, die bei der Bekämpfung der „[Infodemie](#)“ sehr hilfreich ist – und dass das [Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wissenschaft und wissenschaftlich fundierte Informationen](#) gestärkt wurde. Sie hat dazu geführt, dass Ärzten, Krankenschwestern und anderen medizinischen Fachkräften, die unermüdlich

Coronavirus-Patienten versorgen und dabei oft ihre eigene Gesundheit aufs Spiel setzen, allgemeine Anerkennung, Wertschätzung und Dankbarkeit entgegengebracht wird. Außerdem wurde durch die Krise weitgehend bestätigt, dass die europäischen Gesundheitssysteme trotz des enormen Drucks, der auf ihnen lastete, im Großen und Ganzen [in der Lage](#) waren, eine der größten Gesundheitskrisen unserer Zeit zu bewältigen.

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
Unzureichende Vorbereitung der EU und der Mitgliedstaaten auf Gesundheitskrisen	- Verbesserung der Gesundheitssicherheit in der EU durch bestehende und neue Einrichtungen
Knappeit an grundlegenden Arzneimitteln und medizinischer Ausrüstung	- Schaffung von Anreizen für die Herstellung von Arzneimitteln und medizinischen Geräten in Europa - Prüfung und Anpassung des Industrie- und Produktionsmodells der EU, um die übermäßige Abhängigkeit von Drittländern zu verringern
Unterschiede bei den Krankenhauskapazitäten auf nationaler und regionaler Ebene	- Anstöße zur Schaffung gemeinsamer Behandlungsstrukturen - Einrichtung von auf Pandemie-Gesundheitsleistungen spezialisierten Regionalkrankenhäuser
Notwendigkeit einer Covid-19-Impfung als dauerhafte Lösung zur Überwindung der Pandemie	- Förderung der europäischen Forschung an Impfstoffen durch gemeinsame EU-Labore für die Impfstoffentwicklung
Hohe Covid-19-Sterblichkeit bei älteren Menschen in Pflegeeinrichtungen	- Einleitung einer Reform des Pflegebereichs
Psychische Probleme sowohl bei im Gesundheitswesen Beschäftigten als auch in der allgemeinen Bevölkerung	- Festlegung und Umsetzung einer EU-Strategie zur Förderung der psychischen Gesundheit
Enorme Belastungsprobe für die Gesundheitssysteme	- Priorisierung von Gesundheitsreformen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit
Notwendiges Umdenken bei der Gesundheitsversorgung	- Nutzung der Möglichkeiten, die die Verträge im Gesundheitsbereich bieten, oder Ausweitung der Kompetenzen der EU im Gesundheitsbereich

1.3. Von der EU aus der Pandemie gezogene Lehren

Die EU hat im Rahmen ihrer Befugnisse [schnell gehandelt](#), um zur Eindämmung des Coronavirus beizutragen. Zu den ergriffenen Maßnahmen gehörten unter anderem die Gewährleistung der Verfügbarkeit von [medizinischen Versorgungsgütern und medizinischer Ausrüstung](#) sowie die Unterstützung von Bemühungen zur Entwicklung von [Impfstoffen und Behandlungsansätzen](#). Die EU hat im Rahmen des EU-Katastrophenschutzmechanismus (rescEU) einen von der Kommission [koordinierten strategischen medizinischen Vorrat](#) an Therapeutika sowie an Ausrüstungs- und Versorgungsgütern angelegt. Im Rahmen der 2014 eingeführten, groß angelegten **gemeinsamen Beschaffung medizinischer Ausrüstung** wurden vier Ausschreibungen erfolgreich durchgeführt und seit April 2020 über 50 Verträge geschlossen. Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich zu einem solidarischen Ansatz [verpflichtet](#) und diese Verpflichtung anschließend noch einmal [bekräftigt](#). Diese **europäische Solidarität** hat seither in vielen [praktischen Beispielen](#) ihren Ausdruck gefunden. Die EU-Länder haben sich mit Maskenspenden und der Lieferung von medizinischer Ausrüstung zum Schutz von Gesundheitspersonal und Bürgerinnen und Bürgern gegenseitig unterstützt. Einige Länder haben auch in kritischem Zustand befindliche Patienten aus anderen Ländern aufgenommen, in denen die Intensivstationen an ihre Grenzen gelangt waren. Zur Organisation dieser Solidarität auf EU-Ebene war viel Führungsstärke nötig. Zudem wurde [immer wieder bekräftigt](#), dass ein **Ausbau der Kapazitäten der EU im Gesundheitsbereich** nötig ist, um bei Gesundheitskrisen besser gewappnet zu sein. Mit ihrem Vorschlag für das Aufbauinstrument „[Next Generation EU](#)“ reagiert die Kommission auf wiederholte Forderungen nach gemeinsamen Gesundheits- und Vorsorgemaßnahmen. Als [Konsequenz aus der Krise](#) schlägt sie vor, „rescEU“, den

Katastrophenschutzmechanismus der Union, zu stärken. Ferner hat sie ein [neues Gesundheitsprogramm](#), **EU4Health**, vorgelegt, um grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren zu begegnen, Arzneimittel zugänglich und bezahlbar zu machen und die Gesundheitssysteme zu stärken. Das Programm sieht die Möglichkeit einer strategischen Bevorratung vor und ergänzt damit die rescEU-Notfall-Kapazitäten in einer stärker zukunftsgerichteten Weise. Außerdem ist die Bildung einer Personalreserve in den Gesundheitsberufen vorgesehen, die in Krisenzeiten dort eingesetzt werden kann, wo sie am meisten benötigt wird. Mit EU4Health werden zudem die Europäische Arzneimittel-Agentur und das [Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten](#) gestärkt. Das katalytische Potenzial des Programms kann dabei gar nicht hoch genug eingeschätzt werden: So [bezeichnete](#) die Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stella Kyriakides, das Programm als „bahnbrechend“ und als einen „echten Paradigmenwechsel beim Umgang der EU mit Gesundheitsfragen“.

Gemeinsame Maßnahmen auf EU-Ebene zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei ihrer **Suche nach einem wirksamen Impfstoff gegen das Coronavirus** stehen [im Mittelpunkt](#) der **europäischen Impfstrategie** vom Juni 2020. Bei zwei Geberveranstaltungen im [Mai](#) und im [Juni](#) wurden von der EU, den Regierungen und Spendern aus der ganzen Welt knapp **16 Mrd. EUR** für den universellen Zugang zu Coronavirus-Tests, Behandlungen und Impfstoffen zugesagt. Alle Blicke richten sich zudem auf die [geplante Arzneimittelstrategie](#), [mit der](#) die Versorgung Europas mit sicheren und erschwinglichen Arzneimitteln sichergestellt und Innovation in der europäischen pharmazeutischen Industrie gefördert werden soll. Mit dem [ebenfalls für dieses Jahr erwarteten europäischen Plan zur Krebsbekämpfung](#) will die EU die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen um eine bessere Vorbeugung und Behandlung unterstützen. Dieser [„ehrgeizige, aber realistische Plan“](#) könnte den Mehrwert aufzeigen, den die EU im Gesundheitsbereich bietet. Ferner hat die EU damit begonnen, nach Wegen zur Stärkung der **Resilienz der Gesundheitssysteme** und [neuen Ansätzen](#) für die **Organisation der Gesundheitsversorgung zu suchen**. Im Rahmen der [Konferenz zur Zukunft Europas](#) soll auch über die Zukunft des Gesundheitswesens diskutiert werden. Schafft es die EU, diese Dynamik zu nutzen, könnte die Krise den Beginn einer neuen EU-Gesundheitspolitik markieren.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat immer wieder für die Entwicklung [einer einheitlichen EU-Gesundheitspolitik](#) plädiert. In einer [Entscheidung](#) vom April 2020 forderte das Parlament eine Stärkung sowohl des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten als auch der Europäischen Arzneimittel-Agentur sowie die Schaffung eines europäischen Mechanismus für Maßnahmen im Gesundheitswesen, um besser auf Gesundheitskrisen vorbereitet zu sein und die entsprechenden Maßnahmen besser koordinieren zu können. Ferner schlug es vor, der Union im Rahmen einer Strategie für die Zeit nach der Krise umfangreichere Befugnisse zur Ergreifung von Maßnahmen im Falle von grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren einzuräumen und hierfür neue und stärkere Instrumente für die Koordinierung auf EU-Ebene zu schaffen. Überdies hat das Europäische Parlament jüngst einen Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung eingerichtet.

2. Nutzung der Klimamaßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Erholung

Der Rückgang der CO₂-Emissionen im Zuge der Coronavirus-Krise wird schnell wieder vergessen sein, wenn bei der Erholung Fehler gemacht werden. Die EU kann die Erholung von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie für einen schnelleren Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft nutzen und dabei gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen und den sozialen Zusammenhalt wahren.

2.1. Der Klimawandel: eine weitere globale Krise

Wenngleich die Zahl der Ansteckungen, Krankenhausaufenthalte und Todesfälle infolge der Coronavirus-Krise in Europa erheblich gesunken ist, musste doch ein hoher Preis gezahlt werden: wirtschaftliche Einbußen, Arbeitslosigkeit und eine vorübergehende Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten. Es ist davon auszugehen, dass sich der Klimawandel mindestens genauso stark, wenn auch in ganz anderer Weise auf die europäische Gesellschaft auswirken wird. Der Klimawandel vollzieht sich viel langsamer: Zwischen Handlung und Wirkung vergeht viel Zeit und lokale Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen haben globale Wirkung, jedoch keinen offenkundigen direkten Nutzen vor Ort. Trotz fast drei Jahrzehnten der Klimaverhandlungen sind die globalen Treibhausgasemissionen – außer in Krisenzeiten, d. h. während der Finanzkrise 2008-2009 und der derzeitigen Pandemie – immer weiter gestiegen, und damit auch das Risiko von Dürren, Hitzewellen und anderen extremen Wetterereignissen, Waldbränden, Gletscher- und Eisschild-Schmelzen und steigenden Pegelständen. Die EU ist die erste große Volkswirtschaft, die ein langfristiges Klimaneutralitätsziel, die Absicht, mittelfristig noch ambitioniertere Klimaziele zu verfolgen, und ein umfassendes Programm zur Erzielung von Klimaneutralität formuliert hat – den europäischen Grünen Deal. Alle Parteien des Übereinkommens von Paris müssen bis 2020 ihre langfristigen Strategien vorlegen und ihre aktuellen mittelfristigen Verpflichtungen mitteilen.

2.2. Die Auswirkungen der Pandemie auf den Klimawandel

Die infolge der Pandemie ergriffenen Maßnahmen haben neben anderen positiven Auswirkungen wie saubererer Luft zu einem erheblichen – wenn auch nur vorübergehenden – Rückgang der globalen [CO₂-Emissionen](#) (um bis zu 17 %) geführt. Dieser Rückgang der CO₂-Emissionen ist zwar in erster Linie auf eine **Verringerung** der sozialen und wirtschaftlichen Aktivität, aber auch auf ein **verändertes Verhalten** zurückzuführen. So hat Telearbeit beispielsweise zu weniger Berufsverkehr geführt und Videokonferenzen sind an die Stelle von Geschäftsreisen getreten. Nun sind die durch die Pandemie erreichten Emissionssenkungen jedoch weder ausreichend noch nachhaltig. Sie wurden teuer erkaufte, denn sie gingen zulasten von Wohlstand, Beschäftigung und Freizügigkeit, entsprechen aber gleichzeitig nicht den zur Erreichung der Ziele des Übereinkommens von Paris benötigten nachhaltigen Emissionssenkungen.

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
Schwere Wirtschaftskrise mit negativen Auswirkungen auf Investitionen des Privatsektors in kohlenstoffarme Technologien	- Auflegung von Konjunkturprogrammen zur Nutzung öffentlicher Mittel, um den europäischen Grünen Deal in Gang zu setzen und für einen rascheren Übergang zu einer klimaneutralen und nachhaltigen Wirtschaft zu sorgen
Einschränkungen der persönlichen Mobilität während der Pandemie	- Erwägung der Frage, ob neue, während der Pandemie entwickelte Gewohnheiten, wie beispielsweise Telearbeit, nicht dauerhaft beibehalten werden

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
	können, um Emissionen durch Pendeln und Geschäftsreisen zu verringern
Das Erfordernis von Solidarität und Verantwortung angesichts einer existenziellen Bedrohung	- Nutzung des während der Pandemie unter Beweis gestellten Geistes der Solidarität und Verantwortung bei der Umsetzung des europäischen Klimapakts
Neue Herausforderungen für die internationale Zusammenarbeit	- Neben Bemühungen um die Entwicklung von Impfstoffen und Heilmitteln für Infektionskrankheiten, Bestärkung gleichgesinnter Länder, bei der Entwicklung zukunftsweisender Technologien in den Bereichen saubere Energie und Beseitigung von CO ₂ zusammenzuarbeiten
Größerer Bedarf an Vorsorge und Anpassung	- Neben pandemiebezogenen Vorsorgemaßnahmen können die EU und die Mitgliedstaaten Maßnahmen zur besseren Anpassung und Vorbereitung auf die Auswirkungen des Klimawandels, einschließlich der gesundheitlichen Auswirkungen, ergreifen
Unverhältnismäßige Auswirkungen auf schwächere Regionen und gesellschaftliche Gruppen, wodurch die Ungleichheiten zwischen den Ländern und gesellschaftlichen Gruppen in den Mittelpunkt rücken	- Nutzung des Fokus auf diese Faktoren, um die Klimamaßnahmen – auch im Sinne der Menschen, die infolge der Pandemie ihre Arbeit verloren haben – inklusiver und gerechter zu gestalten

2.3. Wie die EU-Klimamaßnahmen zur Erholung von der Pandemie beitragen können

Konjunkturpakete: Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus haben zu einer starken Einschränkung der sozialen und wirtschaftlichen Aktivitäten geführt, wodurch Unternehmen, aber auch Bürgerinnen und Bürger in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Zur Verhinderung einer lang anhaltenden Wirtschaftskrise haben die nationalen Regierungen und die EU Konjunkturprogramme aufgelegt, die sich [in Europa auf über 3 Billionen EUR](#) und [weltweit auf über 10 Billionen USD](#) belaufen. Durch eine schwerpunktmäßige Ausrichtung der Konjunkturmittel auf den europäischen Grünen Deal und die Verfolgung eines ähnlichen Ansatzes bei den nationalen Konjunkturprogrammen verfügen die EU und die Mitgliedstaaten über eine einzigartige Chance, einen Wiederanstieg der Emissionen zu verhindern, für einen rascheren Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu sorgen und gleichzeitig die Vorreiterrolle Europas bei den wichtigsten umweltfreundlichen Technologien zu stärken.

Neue Gewohnheiten: Durch die während der Pandemie ergriffenen Maßnahmen mussten die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Schulen bei der Arbeit und der Kommunikation neue Wege gehen: Telearbeit, Videokonferenzen und virtuelles Klassenzimmer. Es besteht die Chance, diese Ansätze weiterzuentwickeln, Arbeitspraktiken zu modernisieren, weniger Zeit in Verkehrsstaus und auf Geschäftsreise zu verbringen und vom Verkehr verursachte CO₂-Emissionen zu verringern. Die EU-Institutionen können mit gutem Beispiel vorangehen und die EU kann digitale Tools und Infrastrukturen für die Telearbeit und Telepräsenz fördern.

Wertewandel: Die Bürgerinnen und Bürger haben während der Krise eine große Bereitschaft gezeigt, persönliche Einschränkungen angesichts einer existenziellen Bedrohung zu akzeptieren, und haben sich solidarisch gegenüber gefährdeten Menschen und dem während der Gesundheitskrise an vorderster Front arbeitenden medizinischen Personal gezeigt. Die Klimakrise bietet eine ähnliche Chance für Solidarität mit den Menschen in schwächeren Regionen und den jungen Men-

schen von heute, die am meisten unter den künftigen Klimaauswirkungen und den neu entstehenden klimabedingten Gesundheitsgefahren zu leiden haben werden. Die EU kann diese Fragen im Rahmen des [europäischen Klimapakts](#) und der Konferenz zur Zukunft Europas angehen.

Internationale Kooperation: Die Coronavirus-Krise hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit ist für: den Austausch von Informationen über das Virus und die Krankheit, den Austausch von Schutzausrüstung, die Koordinierung der Wiedereröffnung der Grenzen und die gemeinsame Entwicklung von Arzneimitteln und Impfstoffen. Im Bereich der Klimamaßnahmen bestehen Chancen, die internationale Zusammenarbeit im Rahmen der Vereinten Nationen und sektoraler Luftfahrt- und Schifffahrtsorganisationen über die Klimadiplomatie hinaus zu stärken. Die EU kann mit gleichgesinnten Ländern an zukunftsweisenden kohlenstoffarmen Technologien und saubere Energie-Technologien, an der Beseitigung von CO₂ und an Anpassungsstrategien arbeiten.

Vorsorge: Die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, vorbereitet zu sein. Starke Gesundheitssysteme, Vorräte an Arzneimitteln und medizinischer Ausrüstung sowie eine Pandemie-Bereitschaftsplanung haben beim Umgang mit dieser Krise geholfen. Mit Blick auf die Klimakrise besteht die Chance, die Vorbereitung auf die Auswirkungen des Klimawandels wie extreme Wetterereignisse oder Gesundheitsfolgen bzw. die Anpassung an selbige weiter zu verbessern. Die EU könnte bei der Risikobewertung und der Koordinierung eine führende Rolle spielen.

Berücksichtigung von Ungleichheiten: Das Coronavirus betrifft nicht jeden in gleichem Maße. Beispielsweise sind ältere Menschen stärker gefährdet, manche Mitgliedstaaten haben schwerere Ausbrüche als andere erlebt und einige Berufe und Geschäftsbereiche hatten besonders stark unter den Maßnahmen zu leiden. Auch der Klimawandel und die Klimamaßnahmen wirken sich unterschiedlich stark auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen, Regionen und Wirtschaftssektoren aus. Hier besteht die Chance, diese Ungleichheiten zu erkennen und ihnen mit effektiven Systemen der sozialen Sicherheit und spezifischen EU-Instrumenten wie dem vorgeschlagenen Mechanismus und Fonds für einen gerechten Übergang entgegenzuwirken.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament plädiert seit Langem für ehrgeizigere Klimamaßnahmen und pocht auf einen EU-Haushaltsrahmen, über den die entsprechenden finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Das Parlament forderte bereits 2017 die Einrichtung eines Fonds für einen gerechten Übergang. In seiner [Entschließung vom 17. April 2020](#) zu abgestimmten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen wurde hervorgehoben, dass die Reaktionen auf die Pandemie mit dem Klimaneutralitätsziel der EU in Einklang gebracht werden müssen und dass der europäische Grüne Deal und der digitale Wandel im Mittelpunkt des Konjunktur- und Wiederaufbaupakets stehen sollten. In seiner [Entschließung vom 15. Mai 2020](#) zu dem neuen mehrjährigen Finanzrahmen, den Eigenmitteln und dem Aufbauplan hat das Parlament gefordert, Investitionen in den Grünen Deal, die digitale Agenda und die Verwirklichung der Souveränität der Union in strategischen Bereichen Vorrang einzuräumen und betont, dass Projekte, für die diese Mittel bereitgestellt werden, bestimmten Kriterien, einschließlich dem Übereinkommen von Paris und den Zielen der EU in Bezug auf die Verwirklichung der Klimaneutralität und die Erhaltung der biologischen Vielfalt entsprechen müssen.

3. Neue Ansätze für die Arbeitswelt

Während die Coronavirus-Krise dafür gesorgt hat, dass sich Heimarbeit rasch verbreitet, ja fast schon zum Standard entwickelt hat, hat sie auch klar die Probleme aufgezeigt, die es im Zusammenhang mit digitalen Arbeitsplätzen und atypischen Beschäftigungsformen nach wie vor gibt. Gleichzeitig ist die Krise für die EU aber auch eine Chance, wirksamere Lösungen zu finden.

3.1. Vor der Pandemie

Ende 2019 – vor der Coronavirus-Pandemie und den sich anschließenden Eindämmungsmaßnahmen – lag die [Erwerbstätigenquote](#) der 20- bis 64-Jährigen in der EU bei 73,9 %. Das in der Strategie 2020 festgelegte Ziel von 75 % war somit erreichbar. Durch hohe Beschäftigungszuwächse im Jahr 2019 verringerte sich die [Arbeitslosenquote](#) noch weiter: von 6,6 % im Jahr 2018 auf 6,2 % im Jahr 2019. Der wirtschaftliche und technologische Wandel (hauptsächlich zurückzuführen auf [Digitalisierung](#), [Automatisierung](#) und künstliche Intelligenz) veränderte die [Arbeitswelt](#) weiterhin nachhaltig: neue Arbeitsplätze entstanden, während andere verloren gingen und atypische Arbeitsformen traten an die Stelle von Vollzeitarbeitsplätzen und unbefristeten Verträgen. Die soziale Sicherheit hinkte hinterher, da die Sozialversicherungssysteme ursprünglich auf Arbeitnehmer in Beschäftigungsverhältnissen ausgelegt waren, die sich mit den Arbeitsmustern eines Großteils der Menschen nun nicht mehr deckten. Darüber hinaus wurde zunehmend auf Online-Plattformen oder in großen Projektteams über Grenzen und Zeitzonen hinweg gearbeitet. Es wurde intensiv diskutiert, wie sich Beruf und Privatleben besser vereinbaren und Betreuungsaufgaben gerechter unter Männern und Frauen aufteilen lassen. Telearbeit spielte jedoch als Lösungsansatz so gut wie keine Rolle: [Eurostat-Daten](#) zufolge wurde Telearbeit im Jahr 2017 nur von 5 % der Arbeitnehmer genutzt. Allgemeine (oder weitergehende) digitale Kompetenzen wurden für die Ausübung zahlreicher Berufe zu einer Voraussetzung. Das größte Kompetenzdefizit betraf dabei die Nutzung von Software zur Bearbeitung von Inhalten. Trotz hoher Arbeitslosenquoten gab es nicht genügend Arbeitskräfte mit digitalen Kompetenzen, um die offenen Stellen zu besetzen. Für 2020 wurde prognostiziert, dass in Europa über 500 000 Fachkräfte aus dem Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) [fehlen](#) würden.

3.2. Die Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeitswelt

Zur Eindämmung des Virus ließen die Regierungen während der Coronavirus-Gesundheitskrise alle Arbeitsstätten schließen, die nicht zur Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Waren und Dienstleistungen notwendig waren. Arbeitnehmer, die die Möglichkeit dazu hatten, begannen von zu Hause aus zu arbeiten – der Startschuss für ein beispielloses [soziales Experiment](#): Einer [Umfrage](#) zufolge arbeiteten im April 2020 37 % der EU-Bevölkerung im Homeoffice (in manchen Mitgliedstaaten wie beispielsweise in Finnland waren es sogar bis zu 60 %). Telearbeit half vielen Unternehmen, den Betrieb aufrechtzuerhalten, wodurch zahlreiche Arbeitsplätze gerettet werden konnten. Sie bot den Eltern die Möglichkeit, weiterzuarbeiten, obwohl sie sich aufgrund der Schulschließungen ganztätig um ihre Kinder kümmern mussten. Die Grenzen zwischen Arbeit und Privatleben verschwammen und bei 27 % der Arbeitnehmer überschritten sich Arbeits- und Familienzeit. [Untersuchungen](#) haben zudem gezeigt, dass Frauen im Zuge der Krise besonders hohen Belastungen ausgesetzt waren, was nicht zuletzt daran liegt, dass sie verstärkt „an vorderster Front“ tätig sind (beispielsweise sind 75 % der im Gesundheitswesen Beschäftigten Frauen) und Betreuungsaufgaben übernehmen.

Die [Plattformwirtschaft](#) – die Nutzung digitaler Netzwerke zur Koordinierung von wirtschaftlichen Transaktionen – war ebenfalls [betroffen](#). Plattformanbieter waren mit einer sich ändernden Nachfrage konfrontiert und haben in Reaktion darauf unterschiedliche Strategien entwickelt. Dies wiederum hatte Auswirkungen auf die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer. Verschiedene Plattform-Arten waren in unterschiedlicher Weise betroffen: Während einige Plattformen (im Bereich Lebensmittel- und Warenlieferungen, aber auch im Bereich Softwareentwicklung und Übersetzung) eine höhere Nachfrage verzeichneten und ihr Angebot sogar ausweiteten, mussten sich andere Plattformen (Haushaltsdienstleistungen und Personenbeförderung) einschränken, um den mit einer geringeren Nachfrage einhergehenden Umsatzrückgang verkraften zu können.

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
Mangel an für die Telearbeit notwendigen grundlegenden und weitergehenden digitalen Kompetenzen	- Verbesserung der digitalen Kompetenzen der Bevölkerung, um dem in diesem Bereich bestehenden Defizit entgegenzuwirken
Unabdingbarkeit der Telearbeit für viele Arbeitnehmer	- Erwägung eines Übergangs von der üblichen, büro- und betriebsbasierten Arbeitsorganisation zu einer flexiblen und anpassungsfähigen Aufgabenverteilung und einem „Management by Objectives“-Ansatz als Zukunft der Arbeitsorganisation und -verteilung
Schwierigkeit für von zu Hause aus arbeitende Eltern, ihre Arbeit und die aufgrund von Schulschließungen notwendige ganztägige Betreuung ihrer Kinder gleichzeitig zu bewerkstelligen	- Nutzung dieser Erfahrung, um neue Wege zur Bewältigung und Koordinierung der Anforderungen von Arbeit und Familienleben zu finden; möglicherweise Erarbeitung verbindlicher Rechtsvorschriften oder unverbindlicher Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben - Nutzung von Telearbeit zur Aufrechterhaltung des Produktivitätsniveaus
Unverhältnismäßig starke Belastung von Frauen durch die Coronavirus-Krise	- Überdenken der Strategien in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben (zum Beispiel mehr Elternurlaub für Männer)
Keine klare Abgrenzung zwischen Telearbeit und Privatleben	- Neukonzipierung der Berechnungsgrundlage für die Gehälter – weg von Arbeitsstunden, hin zu beispielsweise Indikatoren für erzielte Ergebnisse oder erledigte Arbeit
Unzureichender Sozialversicherungsschutz (Krankheitsurlaub, Arbeitslosengeld) von auf Plattformen beschäftigten Arbeitnehmern	- Weiterentwicklung eines EU-weiten kohärenten Ansatzes für die soziale Absicherung von Arbeitnehmern in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Erarbeitung einer Richtlinie oder von Leitlinien in diesem Bereich

3.3. Die Krise als Chance: Was die EU tun kann

Die geringere Fabrikfertigung hat die Frage nach einer weiteren Automatisierung von Arbeitsprozessen (hauptsächlich Routinearbeiten wie Fließbandarbeit, aber auch Tätigkeiten im Bereich Buchhaltung bzw. Rechnungswesen) aufgeworfen. Wird dieser Ansatz unter Beachtung der [Ethik-Leitlinien](#) und Wahrung der Interessen sowohl von Arbeitnehmern als auch von Arbeitgebern weiterverfolgt, könnte die Wirtschaft davon profitieren. Ein weiteres Phänomen während des Lockdowns war der Umstieg auf digitale Technologien (Aufgaben, die zuvor persönlich erledigt wurden, wurden von den Arbeitnehmern von zu Hause aus durchgeführt). Diese Erfahrung hat gezeigt, dass die persönliche Anwesenheit dank digitaler Technologien in manchen Fällen nicht mehr nötig ist (selbst bei Meetings, bei Konferenzen oder im Schulunterricht), aber auch, dass eine neue Flexibilität

und entsprechende digitale Kompetenzen von großer Bedeutung sind. Die Verringerung der Diskrepanz zwischen vorhandenen und für die digitale Transformation der Wirtschaft benötigten Kompetenzen war im vergangenen Jahrzehnt eines der [zentralen Anliegen der EU](#) und sollte es auch weiterhin sein, beispielsweise in Form der [Europäischen Kompetenzagenda](#).

Im August 2019 trat eine [Richtlinie](#) in Kraft, mit der eine Reihe von Legislativmaßnahmen eingeführt wurden, die zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige beitragen sollen, indem eine gerechtere Aufteilung des Elternurlaubs zwischen Männern und Frauen gefördert und der Unterrepräsentation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt entgegengewirkt wird. Dieser Weg sollte in Zukunft fortgesetzt werden. Da Frauen in der Krise unverhältnismäßig großen Belastungen ausgesetzt waren, muss nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen von Frauen und zur Gewährleistung der finanziellen Stabilität von Familien gesucht werden. Hierzu ist eine weitere Stärkung des Anspruchs von pflegenden Angehörigen und berufstätigen Eltern auf flexible Arbeitsregelungen notwendig.

In der [Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige](#) und der [Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen](#) ist die Einbeziehung neuer Gruppen von Arbeitnehmern in die Sozialversicherungssysteme bereits vorgesehen. Dies muss nun in die Praxis umgesetzt werden: Maßnahmen zur sozialen Absicherung müssen auf Arbeitnehmer in [atypischen Beschäftigungsverhältnissen](#) (z. B. auf Plattformen beschäftigte Arbeitnehmer, Selbstständige, Teilzeitbeschäftigte und Arbeitnehmer mit befristeten Arbeitsverträgen) ausgeweitet werden. Dies könnte durch eigene Richtlinien und/oder Leitlinien für die einzelnen Gruppen (z. B. Regelung von Sozialleistungen für auf Plattformen beschäftigte Arbeitnehmer) erreicht werden.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Im Februar 2019 nahm das Europäische Parlament eine [Entschließung](#) zu einer umfassenden europäischen Industriepolitik in Bezug auf künstliche Intelligenz und Robotik an. Darin betonte es, dass die Lehrpläne von Bildungseinrichtungen an die Automatisierung angepasst werden müssen, und zwar auch durch die Schaffung neuer Bildungswege und den Einsatz neuer Übermittlungstechnologien. In einer [Entschließung](#) aus dem Jahr 2017 forderte das Parlament die Europäische Kommission auf, Regelungen im Bereich Robotik und künstliche Intelligenz vorzuschlagen, um ihr wirtschaftliches Potenzial in vollem Umfang auszuschöpfen und ein einheitliches Sicherheitsniveau zu gewährleisten. Das Parlament hat die Situation von auf Plattformen beschäftigten Arbeitnehmern stets genau beobachtet. Kurz nach Ausbruch der Pandemie im Frühjahr 2020 hat das Parlament eine [schriftliche Anfrage](#) an die Kommission gerichtet, in der es seine Besorgnis über den Gesundheits- und Arbeitsschutz von auf Plattformen beschäftigten Arbeitnehmern im Bereich Lebensmittellieferungen zum Ausdruck brachte und fragte, ob demnächst entsprechende politische Maßnahmen vorgeschlagen würden. Im Juni 2018 legte Joachim Schuster, Mitglied des EP, einen [Entwurf einer Richtlinie zur Plattformarbeit](#) als Beitrag zur politischen Diskussion vor.

4. Zukunftssichere Gestaltung der Bildung

Als Schulen und andere Bildungseinrichtungen wegen der Pandemie schließen mussten, galt es, möglichst rasch auf alternative, meist auf digitaler Technologie beruhende Methoden umzusteigen. Die EU hat die Entwicklungen in den Mitgliedstaaten über ihre Agenturen und Netzwerke mitverfolgt, während sich die Bildungsminister in Videokonferenzen über Probleme und bewährte Verfahren austauschen und voneinander lernen konnten.

4.1. Eine steile Lernkurve

Was als Notsituation begann, wurde bald zu einer aufschlussreichen Erfahrung, da bestehende Bildungsdefizite klarer zutage traten. Keiner der Mitgliedstaaten war [vorbereitet](#), doch einigen Regionen gelang der Wechsel zum Online-Unterricht besser als anderen. Neben sozioökonomischen Ungleichheiten, besonderen Bildungsbedürfnissen und Hindernissen bei der Kommunikation zwischen dem Zuhause der Schüler und der Schule sowie zwischen Lehrkräften und Bildungsbehörden wurde die Situation auch noch durch ungeeignete digitale Werkzeuge und unzureichende digitale Kompetenzen erschwert. Durch den plötzlichen Bedarf sind Ressourcen in den Fokus gerückt, deren Potenzial zuvor nicht ausreichend genutzt wurde. Dazu gehören zahlreiche Online-Plattformen und andere Ressourcen, die kostenlos zur Verfügung gestellt wurden, um die Situation zu bewältigen. Nachdem sich Lehrkräfte, Schüler und Eltern mit neuen Werkzeugen auseinandergesetzt haben, denken die [politischen Entscheidungsträger](#) darüber nach, welche Tools in Zukunft systematischer [eingesetzt](#) werden könnten, um Bildung flexibler und inklusiver zu gestalten, und welche Ansätze nicht weiterverfolgt werden sollten. Diese Probleme beschränken sich jedoch nicht auf Schulen: Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung und der Erwachsenenbildung sowie Hochschulen hatten ebenfalls Schwierigkeiten, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Diese Einrichtungen werden mit der von ihnen angebotenen beruflichen Orientierungshilfe und Berufsberatung, die für die Umschulung und Weiterbildung der Arbeitnehmerschaft so wichtig ist, bei den Bemühungen um Erholung nach der Pandemie ebenfalls eine Rolle spielen.

4.2. Die Auswirkungen der Pandemie auf die Bildung

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
(Teilweise) Schließung von Vorschulen, Schulen, Hochschulen und Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung mit anschließender schrittweiser und partieller Wiedereröffnung. Ersatzweise Nutzung von Tools zum Fernunterricht	- Anpassung verschiedener Aspekte der formalen Bildung an das 21. Jahrhundert . Entwicklung eines reiferen Umgangs mit Technologie, Überarbeitung von Lehrplänen sowie Verknüpfung von nichtformaler, informeller und formaler Bildung im Kontext von lebensumspannendem und lebenslangem Lernen. Schutz von sich in der Berufsausbildung befindlichen Lehrlingen und Praktikanten. Entwicklung von Modellen für den Fernunterricht im Notfall
Aussetzung des Vor-Ort-Unterrichts im Bereich der Erwachsenenbildung , möglicherweise einhergehend mit der Insolvenz einiger Anbieter, die nicht in der Lage sind, die Auswirkungen der Schließungen zu bewältigen	- Entwicklung von Unterstützungsmaßnahmen für Lehrkräfte und Anbieter im Bereich der Erwachsenenbildung und Einrichtung eines Auffangmechanismus für kleine Basisinitiativen im Bereich der Erwachsenenbildung, die sich an benachteiligte Menschen richten
Aussetzung der persönlichen Orientierungs- und Beratungsdienste in vielen Mitgliedstaaten	- Erleichterung eines einfachen Zugangs der entsprechenden Stellen zu aktuellen Informationen über Qualifikationsanforderungen sowie über Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Schulung der Mitarbeiter in alternativen Methoden, die Endnutzer zu erreichen

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
Besondere Maßnahmen zur Neuorganisation von Prüfungen und zur Zulassung von Schülern für den weiteren Bildungsweg	- Überprüfung der Eignung der derzeitigen Modelle zur Leistungsbeurteilung und Neubewertung der Rolle kontinuierlicher und formativer Beurteilungen
Verpflichtung der Eltern oder Erziehungsberechtigten kleiner Kinder, die Kinder rund um die Uhr zu betreuen und bei der Fortführung des Unterrichts von zu Hause aus zu helfen	- Verbesserung der Kommunikation und Kooperation zwischen dem Zuhause der Kinder und der Schule. Unterstützung von Bildungsmaßnahmen für Eltern mit geringen Kompetenzen und Bereitstellung von Mitteln, die es den Eltern ermöglichen, die Ausbildung und den sicheren Umgang ihrer Kinder mit dem Internet zu unterstützen und gleichzeitig nicht an die Grenzen der eigenen Belastbarkeit zu gelangen
Verpflichtung der in diesem Bereich nicht ausreichend geschulten Lehrkräfte, in kürzester Zeit zum Online-Unterricht zu wechseln, wodurch sie erhöhtem Stress und sogar Kritik ausgesetzt sind	- Bereitstellung von Möglichkeiten zur Schulung von Lehrkräften in der Nutzung von Online-Tools als Unterrichtswerkzeuge. Ermutigung der Lehrernetzwerke, ihre Methoden gemeinsam zu überdenken und Erfahrungen und Ressourcen auszutauschen. Erwägung der Bereitstellung von Fachkräften für den technischen Support
Kein Zugang der Schüler zu Ressourcen wie Bibliotheksmaterial, Computern, Schulmahlzeiten und Turnhallen mehr	- Sicherstellung des Zugangs von Kindern zu sicheren öffentlichen Freizeitanlagen, zu Büchern und zu digitalen Werkzeugen zu Hause; Förderung der Durchlässigkeit zwischen Schulen und lokaler Gemeinde
Effektives Lernen von zu Hause aus hängt von den Mitteln der Familie und den Maßnahmen mit Blick auf besondere Bildungsbedürfnisse ab, wodurch sich Ungleichheiten noch weiter verstärken. Risiko einer erhöhten Zahl von Schulabbrechern und von jungen Menschen, die nicht in einer allgemeinen oder beruflichen Ausbildung stehen	<ul style="list-style-type: none"> - Priorisierung der Einführung einer Garantie gegen Kinderarmut Verstärkter Fokus auf Lernfertigkeiten, digitale Kompetenzen und die Fähigkeit zum kritischen Denken - Entwicklung von Werkzeugen für besondere Bildungsbedürfnisse - Gewährung von mehr Autonomie für Schüler, die Schwierigkeiten in der Schule hatten, beim Fernunterricht jedoch erfolgreich waren - Stärkung der Maßnahmen zur Verringerung der Anzahl an Schulabbrechern und jungen Menschen, die nicht in einer allgemeinen oder beruflichen Ausbildung stehen
Stranden von im Rahmen von Mobilitätsprogrammen Studierenden zu Beginn der Krise	- Entwicklung von Notfallprotokollen

4.3. Welchen Beitrag kann die EU leisten?

Während Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung über zahlreiche EU-Programme unterstützt werden, wirkten sich die nach der Finanzkrise im Rahmen des Europäischen Semesters abgegebenen Empfehlungen zur Senkung der öffentlichen Ausgaben nachteilig auf Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand für den Bildungssektor aus. Die Pandemie deutet auf eine weitere, möglicherweise noch stärkere Rezession hin. Diesmal muss im Rahmen des [Europäischen Semesters](#) für mehr [Kohärenz](#) zwischen der Aufforderung zur Tätigung von Investitionen in den Bildungssektor und Optimierungsmaßnahmen gesorgt werden. Der Europäische Sozialfonds Plus, der Europäische Investitionsfonds, das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, das Programm „Horizont Europa“ und das Erasmus+-Programm sind die Instrumente, die die EU zur Schließung der in der Europäischen Union bestehenden Lücken bei der allgemeinen und beruflichen Bildung nutzen kann.

Über den [Europäischen Sozialfonds](#) (ESF) erhalten die Mitgliedstaaten Mittel zur Finanzierung von operationellen Programmen und beschäftigungsbezogenen Projekten. Diese dienen in der Regel dem Abbau von Bildungsdefiziten, der Bekämpfung von Armut und der Verbesserung der sozialen Eingliederung. Der derzeitige ESF wird angepasst und im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens

2021-2027 in den [ESF+](#) umgewandelt. Mit der von der Kommission am 27. Mai 2020 angenommenen überarbeiteten Fassung werden die [Jugendgarantie](#) gestärkt und ein spezifisches Ziel zur Bekämpfung von [Kinderarmut](#) eingeführt. Beides hat das Europäische Parlament bereits seit Langem gefordert.

Derzeit steht dem Europäischen Investitionsfonds im Rahmen eines Pilotprojekts eine [neue Bürgschaftsfazilität](#) in Höhe von 50 Mio. EUR zur Verfügung, mit der Einzelpersonen und Organisationen, die in die Kompetenzentwicklung und in die Bildung investieren möchten, finanziell unterstützt werden sollen. Dadurch erhalten Finanzierungsinstitutionen, Hochschulen und Berufsbildungszentren die Möglichkeit, Studenten, Lernenden und europäischen Unternehmen und Organisationen, die im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, einschließlich im Bereich der frühkindlichen Erziehung, tätig sind, über den EIF abgesicherte Darlehen anzubieten.

Die Kommission hat einen europaweiten [Hackathon](#) veranstaltet, um nach innovativen Lösungen für Herausforderungen im Zusammenhang mit eLearning-Methoden und -Tools, mit dem Familienleben in Zeiten von Telearbeit und Fernunterricht, mit der Grundschul-, Sekundarschul- und Hochschulbildung und mit anderen, in erster Linie Studierende betreffenden Aspekten zu suchen. Zu den weiteren Initiativen zählen das mit 6 Mio. EUR ausgestattete, kofinanzierte Programm [Impact EdTech](#) zur rascheren Entwicklung von bahnbrechenden EdTech-Lösungen. Die Kommission hat zudem eine Überarbeitung des Aktionsplans für digitale Bildung angekündigt, um das Online-Lernen EU-weit noch stärker zu unterstützen und so die im Rahmen des Programms [Digitales Europa](#), der [Fazilität „Connecting Europe“](#) und des Programms [„Horizont Europa“](#) bestehenden Fördermöglichkeiten zu ergänzen.

Netzwerke wie [Europäische Hochschulen](#) können eine solidere Basis für die Lernmobilität bieten. Mit [e-Twinning](#), [School Education Gateway](#) und [EPALE](#) kann die Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und anderen Pädagogen im Bereich der beruflichen Weiterbildung ausgebaut und vertieft werden, während das [Jugendportal](#) und [EURES](#) einen guten Überblick über Beschäftigungs- und Lernmöglichkeiten sowie Möglichkeiten der Freiwilligenarbeit bieten. Gefördert werden diese Initiativen über das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport: [Erasmus+](#).

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat wiederholt für vermehrte Anstrengungen zur Schaffung von inklusiven und [modernen](#) Bildungssystemen plädiert, die bei der frühkindlichen Erziehung beginnen und auf das lebenslange Lernen vorbereiten. Die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung (CULT) haben die Entwicklungen bei der Mobilität von Studierenden im Verlauf der Coronavirus-Krise genau [mitverfolgt](#), um sicherzustellen, dass die Kommission alles in ihrer Macht stehende tut, um die Interessen der Studierenden zu schützen. Das Parlament besteht im Zuge der Verhandlungen darauf, dass Erasmus+ im Rahmen des kommenden [mehrjährigen Finanzrahmens](#) mehr Haushaltsmittel zugewiesen werden, und pocht auf eine aktivere Mitwirkung des Parlaments bei der Steuerung des Programms. Das Parlament freut sich darauf, aktiv [Gespräche](#) über die Aktualisierung des [Aktionsplans für digitale Bildung](#) zu führen. Das Parlament betrachtet diesen Plan als [ersten Schritt](#) hin zu einer umfassenden EU-Strategie für digitale Bildung und Kompetenzen im Rahmen des im Entstehen begriffenen [europäischen Bildungsraums](#). Das Parlament erachtet die Vorbereitung der Lehrkräfte sowie digitale Kompetenzen als zentrale Prioritäten.

5. Neubelebung der EU-Industrie: Zurück in die Zukunft

Ist die Coronavirus-Krise eine Chance zur „Reindustrialisierung“ Europas? Die EU kann ihren Umstieg auf eine digitale und grüne Wirtschaft beschleunigen. Wenn sie es schafft, die Konjunkturinstrumente zu nutzen und eine umfassendere Vision für die Zukunft der Industrie zu entwickeln, sind entscheidende Veränderungen möglich.

5.1. „Made in“ wo?

Die EU ist eine globale Volkswirtschaft und ein dicht vernetzter Binnenmarkt. 2019 war der Binnenmarkt für alle Mitgliedstaaten außer Zypern wichtigstes [Absatzgebiet](#) für Handelswaren. Die [Wertschöpfungskette](#) der EU verteilt sich jedoch fast gleichmäßig auf den Handel entlang EU-interner und globaler Wertschöpfungsketten (wo auch Hersteller aus Drittländern an der Fertigung beteiligt sind) und etwa 70 % aller EU-Ausfuhren sind mit globalen Lieferketten verknüpft. Wie in anderen Industrieländern hat sich der Anteil, den die [Fertigung](#) an der Wertschöpfung ausmacht, in der EU seit den 90er-Jahren immer weiter verringert, was zum Teil auch am „[Farshoring](#)“ der Produktion nach Asien und insbesondere nach China liegt. Die Idee einer Reindustrialisierung Europas zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen steht seit Beginn der letzten Krise ganz oben auf der [EU-Agenda](#). [Rückverlagerungen](#) der Produktion fanden in den letzten Jahren jedoch nur in überschaubarem Umfang statt. [Angespannte](#) Handelsbeziehungen vor der aktuellen Krise hatten die Debatte über die Zukunftsfähigkeit des derzeitigen [Wirtschaftsmodells](#) wiederaufleben lassen.

5.2. Coronavirus: Alte Dogmen auf dem Prüfstand

Durch die Pandemie und die von ihr ausgelöste beispiellose Wirtschaftskrise steht mehr auf dem Spiel als zuvor. Bereits im Februar sah sich die Fertigungsindustrie aufgrund der Entwicklungen in China mit ersten [Engpässen](#) bei der Versorgung mit Betriebsmitteln konfrontiert. Das Virus hat gezeigt, dass im Streben nach Effizienz und Kostenoptimierung – die Fundamente, auf denen die globalisierte Wirtschaft aufgebaut ist – unterschätzt wurde, wie wichtig Versorgungssicherheit ist. Nachdem die Pandemie Europa erreicht hatte, wurde angesichts der Knappheit wichtiger medizinischer Versorgungsgüter und Schutzausrüstungen, gefolgt von Lieferungen minderwertiger Ware aus China, deutlich, dass sich die starke [Abhängigkeit](#) von ausländischen Quellen bei einer akuten Krise rächen kann. Schon vor der Pandemie sah sich die liberale, [regelbasierte Weltordnung](#) Anfechtungen ausgesetzt. Ein wachsender Druck auf den Multilateralismus und eine sich ändernde politische Landschaft haben dazu geführt, dass die EU die Erzielung von [strategischer Autonomie](#) und [technologischer Souveränität](#) wieder stärker in den Mittelpunkt gerückt hat. Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Coronavirus wie eine wachsende Skepsis gegenüber dem Global Sourcing und die fragwürdige Zuverlässigkeit bestehender Beziehungen in einer Notsituation bieten die Chance für einen entscheidenden, in diese [Richtung](#) gehenden [Strategiewechsel](#).

Die zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen Maßnahmen wie Lockdowns und die anschließende verringerte soziale und wirtschaftliche Aktivität haben zu einer beispiellosen Senkung der [CO₂-Emissionen](#) und einer weitaus saubereren Umwelt geführt. Was viele für nahezu unmöglich hielten, vollzog sich in rasender Geschwindigkeit. Während ein „Leben im Lockdown“ zwar keine Lösung für die Klimakrise ist, hat es doch gezeigt, dass eine Rückkehr zum *Status quo ante*, also zum Stand der Dinge vor der Krise, für die Zukunft ebenfalls nicht wünschenswert ist. Dadurch besteht die Chance für eine mutige Vision: eine Reindustrialisierung der EU durch Nutzung ihrer [weltweit führenden](#)

Position in zahlreichen Sektoren und Technologien mit hohem Mehrwert, umweltfreundlicher Produktion und guter Umweltbilanz.

Die Coronavirus-Krise hat ferner gezeigt, wie wichtig die digitale Dimension in unserem **Leben** und in unserer **Wirtschaft** ist, wurde die Technologie während des weltweiten Shutdowns doch zu einer Art Online-Rettungsanker. Dies stellt auch etablierte Arbeits- und Lernmodelle sowie Modelle der Kontaktpflege infrage. Nun, da sich die Menschen und Unternehmen an die Nutzung digitaler Lösungen gewöhnt haben, werden sie von diesen wohl auch künftig häufiger Gebrauch machen als zuvor. Dies bietet die einmalige Chance zur Beschleunigung der **Digitalisierung** der EU-Industrie.

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
Beispiellose Wirtschaftskrise mit verheerenden Auswirkungen auf die EU- Industrie und die Lieferketten	- Nutzung der Konjunkturpakete zur Beschleunigung der grünen und digitalen Wende in der Industrie
Geringere CO ₂ -Emissionen sowie eine sauberere Luft und Umwelt als Folge der Maßnahmen zur Eindämmung des Virus	- Richten des Fokus auf eine an der Aufgabenstellung orientierten Politikgestaltung, um Politikbereiche zu bündeln und gemeinsame Ziele zu erreichen
Großes digitales Experiment in den Bereichen Leben, Arbeit und soziale Interaktion während der Pandemie	- Umsetzung der Industriestrategie für Europa und Erweiterung der Strategie oder Neueinführung einer verbesserten Strategie
Verstärkter Fokus auf die strategische Autonomie und technologische Souveränität der EU-Wirtschaft und der EU-Industrie	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Verbindung und/oder der Zusammenarbeit zwischen F&I und Industrie in Schlüsselbereichen - Einsatz neuer Instrumente wie die Fazilität für strategische Investitionen zur Unterstützung zentraler Wertschöpfungsketten und Sektoren - Erzielung langfristiger Wettbewerbsfähigkeit - Stärkung der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen - Entwicklung von Schlüsseltechnologien - Schaffung eines Binnenmarkts für Daten
Engpässe in den Lieferketten	<ul style="list-style-type: none"> - Erzielung von Versorgungssicherheit in strategischen Lieferketten - Erreichung der Ziele für eine Kreislaufwirtschaft ohne die Einhaltung von Vorschriften durch Anbieter aus Nicht-EU-Ländern gewährleisten zu müssen - Modernisierung der Lieferketten durch Nutzung neuer Technologien wie künstliche Intelligenz und Robotik

5.3. Auf dem Weg zu „Made in EU“

Europa war einmal ein blühender Industriestandort. Es ist zwar unwahrscheinlich, dass die Industrie zu alter Stärke zurückfindet, doch die Krise könnte auf längere Sicht zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der EU beitragen. Die nationalen Regierungen und die EU versuchen, die verheerenden wirtschaftlichen Folgen der Krise mit beispiellosen öffentlichen **Investitionen** in die Wirtschaft abzufedern. Die **Konjunkturmaßnahmen** sollen nicht der Rückkehr zum Status quo dienen, sondern zu Recht **transformative** Wirkung haben. Wie bereits in der **Industriestrategie** vom März 2020 dargelegt, muss die EU-Industrie grüner und digitaler werden, um langfristig auf globaler Ebene wettbewerbsfähig zu bleiben. Wenn es gelingt, diese Ziele in die Bemühungen um eine Konjunkturerholung zu integrieren (und die Länder mit ihren nationalen Plänen als Teil eines kohärenten Rahmens für das **Europäische Semester** nachziehen), besteht die historische Chance, diesen Wandel zu beschleunigen und zu vertiefen. Zudem besteht die Chance, die Industriestrategie zu einer kohärenteren und mutigeren Vision weiterzuentwickeln, indem das Potenzial Europas beispielsweise im Wege von **intelligenter Spezialisierung** und vorteilhafter Arbeitsteilung voll ausgeschöpft wird. Regionale Aspekte lassen sich über den **Multi-Level-Governance-Ansatz**

regeln. Eine an der Aufgabenstellung orientierte Politikgestaltung im Sinne des [europäischen Grünen Deals](#), bei der nationale Regierungen und EU-Institutionen zusammenarbeiten, muss gängige Praxis werden. Zu diesem Zweck muss die EU das gemeinsame politische Streben nach einem Wandel, an dessen Ende ein neuer [grüner](#) und digitaler Industriestandort steht, fördern.

Zur Förderung der Reindustrialisierung Europas bedarf es einiger Grundvoraussetzungen. So ist es wichtig, die Zusammenarbeit zwischen der [Forschungs- und Innovationsgemeinschaft](#) und der Industrie zu stärken, und sich dabei auf [Bereiche](#) zu konzentrieren, in denen die EU strategische Autonomie erreichen kann. Dazu zählen [Schlüsseltechnologien](#) und zahlreiche digitale Technologien mit hohem Wachstumspotenzial wie beispielsweise [künstliche Intelligenz](#) und [Robotik](#). Einige dieser Technologien tragen auch dazu bei, die Kosten für die Rückverlagerung der Fertigung in die EU zu kompensieren. Die Ausschöpfung des vollen Potenzials des [Datenpoolings](#) in der EU ist ebenfalls ein Muss. Ferner sollte die EU die Bereitstellung von kritischer digitaler Infrastruktur wie z. B. 5G über ihre [Forschungs- und Investitionsprogramme](#) überwachen. Eine wichtige Rolle wird auch die neue [Fazilität für strategische Investitionen](#) spielen, da sie zum Aufbau starker, widerstandsfähiger Wertschöpfungsketten in der EU und zur Stärkung der strategischen Autonomie der Union beitragen wird. Viele [plädieren](#) zu diesem Zweck auch für eine bessere Nutzung [wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse](#) (IPCEI). Die Zukunft der Industrie wird auch von den [Kompetenzen](#) der in der Industrie beschäftigten [Arbeitnehmer](#) abhängen. Der Europäische Sozialfonds Plus, der Europäische Investitionsfonds, das Programm „Digitales Europa“, die Fazilität „Connecting Europe“, das Programm „Horizont Europa“ und das Erasmus+-Programm sind die Instrumente, die es in diesem Zusammenhang zu nutzen gilt. Auch straffere Lieferketten können der EU dabei helfen, wichtige politische [Strategien](#) wie die [Kreislaufwirtschaft](#) besser zu steuern.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament plädiert schon lange für eine [Stärkung](#) der EU-Industrie. In seiner [Entschließung vom 17. April 2020](#) betonte es, dass es einer wettbewerbsfähigeren und widerstandsfähigeren Industrie bedarf, wenn es darum geht, globale Schocks zu bewältigen und forderte die Wiedereingliederung von Lieferketten in die EU und Maßnahmen zur Steigerung der Produktion wichtiger Produkte in der EU. In seiner [Entschließung vom 15. Mai 2020](#) forderte das Parlament, dass dem Aufbau dienende Investitionen in erster Linie in den Grünen Deal, die digitale Agenda und die Verwirklichung der Souveränität der Union in strategischen Bereichen erfolgen sollten. Ferner forderte es eine entsprechende Industriestrategie sowie Maßnahmen zur Verkürzung und Diversifizierung der Lieferketten.

6. Nutzung des elektronischen Handels

Die Schließung von Geschäften und die Angst vor Ansteckung haben den elektronischen Handel erheblich gestärkt. Die Pandemie bietet die Chance, den EU-Rahmen zur Förderung des Wachstums des elektronischen Handels zu überdenken und gleichzeitig für mehr Schutz von Verbrauchern und Beschäftigten zu sorgen.

6.1. Änderung von Konsum- und Arbeitsmustern

Der elektronische Handel – allgemein definiert als der Online-Verkauf von Gütern und Dienstleistungen – ist im letzten Jahrzehnt in der EU stetig gewachsen. Heute [machen](#) Online-Verkäufe bei rund 17 % der EU-Unternehmen wenigstens 1 % ihres Umsatzes aus (2009 waren es noch 13 % der Unternehmen) und der stärker werdende elektronische Handel hatte in vielerlei Hinsicht nachhaltige Auswirkungen. Das Angebot an Online erhältlichen digitalen Dienstleistungen und Produkten ist drastisch [gestiegen](#) und digitale, kontaktlose Bezahlmethoden werden umfassend genutzt. Digitale Plattformen haben EU-weit expandiert und einige Plattformen wie z. B. Amazon sind um das [Zehnfache](#) gewachsen. Digitale Plattformen haben neue Formen der Arbeitsorganisation und einen entsprechenden Anstieg der Zahl der [auf Plattformen beschäftigten Arbeitnehmer](#) mit sich gebracht. Die EU hat im Zusammenhang mit diesen Veränderungen in den letzten Jahren eine Reihe gemeinsamer Vorschriften z. B. zur Beseitigung ungerechtfertigter [Geoblocking](#)-Maßnahmen, zur Erleichterung [grenzüberschreitender Paketzustellungen](#) und zur Harmonisierung des [Vertragsrechts für die Online-Wirtschaft](#) erlassen.

6.2. Auswirkungen der Pandemie und Chancen zur Erneuerung des EU-Rahmens für den elektronischen Handel

Die Pandemie hat für noch stärkere Veränderungen bei der Kundennachfrage und den Konsumgewohnheiten und für einen rascheren [Umstieg](#) auf den elektronischen Handel gesorgt. Viele Geschäfte des klassischen stationären Handels mussten schließen und aufgrund der verhängten Quarantänemaßnahmen und Maßnahmen zum Social Distancing wechselten die europäischen Verbraucher zum Onlinehandel. Die Unternehmen waren daher gezwungen, ihre Ressourcen auf den elektronischen Handel zu verlagern. Das Business-to-Consumer-Geschäft (B2C) – insbesondere im Bereich Haushaltswaren und Lebensmittel – wuchs ebenso wie der elektronische Handel im Business-to-Business-Bereich (B2B). Der Wechsel zum Onlinehandel, der sich im Verbraucherverhalten vollzogen hat, [erstreckt sich](#) inzwischen auch auf eine große Bandbreite an Online-Dienstleistungen, einschließlich in den Bereichen Unterhaltung, Gesundheit (Telemedizin) und Bildung (Online-Unterricht). Das veränderte [Einkaufsverhalten](#) dürfte auf lange Sicht zu einem signifikanten Wachstum des elektronischen Handels führen.

Dennoch hat die Krise auch einige zentrale Fragen aufgeworfen. Die Bedeutung der digitalen Infrastruktur für die Möglichkeiten der Bevölkerung zur Kontaktpflege während der Zeit des Social Distancing hat die negativen Auswirkungen deutlich gemacht, die die [digitale Kluft](#) nicht zuletzt auch auf Haushalte in ländlichen Gebieten oder auf Haushalte mit geringem Einkommen hat. Die Auswirkungen der Pandemie haben zudem arbeitsbezogene Herausforderungen offenbart, die es im digitalen Arbeitsumfeld gibt. Während einige digitale Plattformen von den sich durch die Schließung von Geschäften des stationären Handels bietenden Marktchancen profitieren, [traf](#) die Krise auf Plattformen beschäftigte Arbeitnehmer, die nur [geringen](#) Schutz genießen, besonders schwer. Probleme des Verbraucherschutzes wie beispielsweise unangemessene Preiserhöhungen haben sich im Kontext der Pandemie ebenso [verschärft](#) wie Bedenken mit Blick auf die Produktsicherheit

und die Cybersicherheit. Die Wahrscheinlichkeit, dass Verbraucher online gefälschte Produkte kaufen, nimmt immer mehr zu, weshalb das derzeitige System zur Gewährleistung der Sicherheit auf Online-Marktplätzen infrage [gestellt](#) wurde. Allerdings brauchen die Verbraucher in dieser „neuen Normalität“ ein Online-Shopping-Umfeld, das mehr Sicherheit bietet, und die Unternehmen werden sich den neuen Erwartungen der Verbraucher anpassen und mehr [Transparenz](#) und [Cybersicherheit](#) bieten müssen. Aus globaler und langfristiger Perspektive hat die Pandemie [gezeigt](#), dass internationale Regeln für den elektronischen Handel vereinbart werden müssen. Die aktuelle Krise ist daher eine Gelegenheit, den EU-Rahmen für den elektronischen Handel in vielerlei Hinsicht zu überdenken.

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
Vertiefung der digitalen Kluft	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Investitionen in die für die Erbringung von Dienstleistungen im elektronischen Handel notwendigen Hochleistungsnetze - Stärkung der den Universaldienst und die soziale Eingliederung betreffenden EU-Maßnahmen, um die digitale Kluft sowohl innerhalb der EU als auch in den Mitgliedstaaten zu überwinden
Offenbarwerden des geringen Schutzes von auf Plattformen beschäftigten Arbeitnehmern	<ul style="list-style-type: none"> - Überlegungen zu Möglichkeiten der Stärkung der sozialen Rechte von auf Plattformen beschäftigten Arbeitnehmern - Klärung der Situation selbstständiger Einzelpersonen, die über Plattformen Dienstleistungen erbringen
Vermehrte Verbraucherschutzprobleme im Online-Umfeld (wie z. B. unangemessene Preiserhöhungen und Produktsicherheit)	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Vorschriften für die Produktsicherheit und der Verbraucherschutzstandards im Bereich des elektronischen Handels
Vermehrte Bedrohungen der Cybersicherheit	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Transparenz im Online-Umfeld - Stärkung der Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der Infrastruktur von Online-Geschäften
Verdeutlichung der Notwendigkeit internationaler Regeln für den elektronischen Handel	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Verabschiedung internationaler gemeinsamer Regeln für den elektronischen Handel - Nutzung des bereits gut entwickelten EU-Rahmens (z. B. in den Bereichen Verbraucherschutz und Cybersicherheit), damit dieser zum weltweiten Standard wird.

6.3. Wo die EU ins Spiel kommt

Nach ihrer Zusicherung, Europa bis 2025 in eine [Gigabit-Gesellschaft](#) zu verwandeln, hat sich die EU sehr aktiv für eine bessere Verfügbarkeit von Breitbandanschlüssen eingesetzt, die für die Weiterentwicklung des elektronischen Handels von zentraler Bedeutung sind. Dennoch haben große Teile der EU-Bevölkerung nach wie vor keinen Zugang zum Breitbandnetz. Die EU sollte die Einführung von Finanzinstrumenten (wie das Digitalprogramm in Form der [Fazilität „Connecting Europe“](#)) im Rahmen des nächsten langfristigen EU-Haushalts 2021-2027 fördern und könnte zudem ihre [Universaldienst](#)-Vorschriften überarbeiten, damit Unternehmen und Haushalte – unter Nutzung der Stärke des elektronischen Handels – leichter in Kontakt treten können.

Eine weitere Grundvoraussetzung für die Förderung des elektronischen Handels ist die Stärkung des Online-Verbraucherschutzes. Die EU darf diese Chance zur Gewährleistung von mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht im Internet und damit zum Schutz der europäischen Verbraucher und zur Schaffung eines sicheren und vertrauenswürdigen digitalen Ökosystems nicht ungenutzt lassen. Vor diesem Hintergrund könnten mit dem [Rechtsakt über digitale Dienste](#), der Ende dieses Jahres kommen soll, dem drastischen [Anstieg](#) an Online verfügbaren illegalen und unsicheren Produkten

entgegengewirkt und Schutzmaßnahmen und Sicherheitspflichten für auf Online-Marktplätzen vertriebene Produkte [eingeführt](#) werden. Darüber hinaus sollten – insbesondere zugunsten von [kleinen und mittleren Unternehmen](#) – EU-Initiativen zur Förderung eines cybersicheren Umfelds für den elektronischen Handel ergriffen werden.

Obgleich für die Sozialgesetzgebung und die mit Blick auf auf Plattformen beschäftigte Arbeitnehmer verfolgte Politik weiterhin in erster Linie die Mitgliedstaaten zuständig sind, kann die EU im Bereich der Sozialpolitik Leitlinien verfassen und Empfehlungen abgeben. In diesem Zusammenhang hat die EU mit der [europäischen Agenda für die kollaborative Wirtschaft](#) und der [europäischen Säule sozialer Rechte](#) bereits begonnen, Orientierungshilfe zum Beschäftigungsstatus von auf Plattformen beschäftigten Arbeitnehmern zu geben und hat schrittweise gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen, beispielsweise in Form der Richtlinie aus dem Jahr 2019 über [transparente und verlässliche Arbeitsbedingungen](#), die auch für Plattformarbeit gilt. Die politischen Entscheidungsträger auf nationaler Ebene und EU-Ebene sollten [unbedingt](#) weitere Maßnahmen zur Lösung der die Arbeitsbedingungen und den Sozialschutz betreffenden Probleme erwägen, mit denen auf Plattformen beschäftigte Arbeitnehmer konfrontiert sind.

Abschließend ist darauf hinzuweisen, dass Mitglieder sowohl der [Europäischen Kommission](#) als auch des [Europäischen Parlaments](#) die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) aufgefordert haben, verstärkt an der Entwicklung internationaler Regeln für den elektronischen Handel zu arbeiten. Durch die Wiederaufnahme internationaler Verhandlungen über den elektronischen Handel kann die EU ihre Vision von einem vertrauenswürdigen Online-Umfeld weiter voranbringen.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Die Pandemie ist eine Chance für das Europäische Parlament, eine erneuerte Agenda in verschiedenen Bereichen des elektronischen Handels voranzutreiben. Das Parlament hat schon häufig [betont](#), wie wichtig der Schutz der Arbeitnehmerrechte im Zusammenhang mit der kollaborativen Wirtschaft ist. Ferner brachte das Parlament in seiner [Entschließung](#) zu abgestimmten Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie seine Sorge über die digitale Kluft, Cyber-Bedrohungen und Internet-Betrug zum Ausdruck und forderte die Mitgliedstaaten auf, die Schutzmaßnahmen auf auf Plattformen beschäftigte Arbeitnehmer auszuweiten und drängte darauf, dass die Kommission die Verhandlungen innerhalb der WTO über den elektronischen Geschäftsverkehr vorantreibt, damit Regeln für den rasch wachsenden Online-Handel festgelegt werden. Aufbauend auf laufenden und neuen Initiativen, beispielsweise mit Blick auf die [Verantwortung](#) für Online-Plattformen, kann das Parlament eine zentrale Rolle spielen, wenn es darum geht, Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in der EU zusammenzubringen und die europäischen Verbraucher und Arbeitnehmer in der heutigen Digitalwirtschaft zu schützen.

7. Nutzung von Konnektivität zur Stärkung der Solidarität

In der Krise ist die Technologie als Mittel der Solidaritätsbekundung und Gemeinschaftsbildung in den Vordergrund gerückt. Die EU kann in diesem Bereich vorangehen und die von der Pandemie verursachten Umwälzungen für den Aufbau einer widerstandsfähigeren und von mehr Zusammenhalt geprägten Gesellschaft nutzen, die sich nicht nur von Schocks erholen, sondern auch an ihnen wachsen kann.

7.1. #strongertogether auf europäischer und lokaler Ebene

Solidarität ist eines der Leitprinzipien der Verträge der Europäischen Union. Neben Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung ist sie einer der Grundsätze, an denen sich die Union und ihre Mitgliedstaaten orientieren sollten. Gemäß der [EU-Charta der Grundrechte](#) umfasst Solidarität viele verschiedene Bereiche, einschließlich des Rechts auf Tarifverhandlungen, des Rechts auf die unterschiedlichen Formen des sozialen Schutzes und auf faire Arbeitsbedingungen sowie des Rechts auf eine angemessene Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. In der Praxis umfasst dies zwei Arten der Solidarität: eine paneuropäische Solidarität zwischen Ländern und EU-Bürgern sowie die traditionelleren Formen nationaler Solidarität, in deren Mittelpunkt heimische (und regionale/lokale) Institutionen stehen. Die sich vollziehende [digitale Wende](#) hat im 21. Jahrhundert sowohl Herausforderungen als auch Chancen mit sich gebracht. Während die Konnektivität die Gesellschaft spalten und Ungleichheiten verstärken kann, kann sie auch ein Motor für Wachstum und Produktivität sein. Mit Unterstützung der EU wurde die [digitale Konnektivität](#) in den letzten Jahren in den Mitgliedstaaten auf vielfache Weise zum Wohle der Allgemeinheit genutzt.

7.2. Auswirkungen der Pandemie auf die Solidarität und Konnektivität

In der Coronavirus-Krise wurde von der lokalen und regionalen bis hin zur nationalen und supranationalen Ebene seitens verschiedenster Akteure vermehrt und oft in ganz neuer Form Solidarität gezeigt. Der [europäische Solidaritäts-Tracker](#) zeigt, wie sich Ziel, Umfang und Intensität der Solidarität im Laufe der Krise geändert haben. Darüber hinaus waren neue Wege, miteinander in Kontakt zu treten, zur leichteren Bewältigung der Quarantänezeit von [zentraler Bedeutung](#). Von Beginn der Krise an wurde [digital erweiterte menschliche Intelligenz](#) zum besseren Verständnis des Virus, zu seiner Überwachung in Echtzeit und zu seiner Eindämmung und Bekämpfung genutzt.

Seit Ausbruch der Pandemie gab es auf lokaler Ebene eine große Anzahl an Solidaritätsmaßnahmen, deren Durchführung durch digitale Mittel häufig vereinfacht wurde. Diese reichten vom gemeinsamen [Singen](#) und Applaudieren für das Gesundheitspersonal zur Stärkung der Moral über [Online-Fitnesskurse](#), die Mobilisierung örtlicher Gruppen [zur Versorgung](#) älterer und anderer [gefährdeter Menschen](#), die sich abschotten mussten, mit Artikeln des täglichen Bedarfs bis hin zur Gründung von [gemeinnützigen Organisationen](#) und [Plattformen](#), deren Ziel es ist, hilfsbedürftige Menschen mit Menschen, die helfen wollen, zusammenzubringen. Einige dieser Plattformen dienen auch der [Zusammenführung von Gruppen](#), deren Leben sich durch die Lockdown-Maßnahmen dramatisch geändert hat, und die sich gegenseitig helfen könnten, wie beispielsweise Eltern im Homeoffice und Künstler, Entertainer und Musiker, die unlängst arbeitslos geworden sind. Mithilfe [sozialer Netzwerke und Plattformen](#) wie Facebook und WhatsApp konnten die Gemeinschaften während

der Krise Maßnahmen dezentral koordinieren. Sie ermöglichen eine rasche Verbreitung von Neuigkeiten, Anfragen zur Erledigung von Aufgaben und konkreten Hilfsangeboten, was mit einer zentralen Organisation in diesem Umfang nicht möglich wäre.

Kurzfristiges Ziel dieser informellen Gemeinschaftsprojekte war es, schnell Hilfe zu leisten, langfristig jedoch hatten sie eine gemeinschaftsbildende Wirkung. Einige Plattformen haben sich zu [nationalen Netzwerken](#) von Freiwilligen entwickelt, die örtlichen Gruppen während der Coronavirus-Krise bei der Organisation gegenseitiger Hilfe unterstützen und jenseits ihrer Landesgrenzen als Vorbilder fungieren. Andere sind zu globalen Bewegungen geworden. Der [Hack the Crisis](#), ein zweitägiger Online-Hackathon, der direkt nach Erklärung des Notstands in Estland vom öffentlichen und privaten Sektor in Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie organisiert wurde, weitete sich auf über 40 Länder aus, erzielte eine Teilnehmerzahl von 100 000 Personen und entwickelte sich zu der heute unter dem Namen [The Global Hack](#) bekannten Bewegung. Diese kleine, aber starke, gemeinschaftlich organisierte Initiative erreicht und hilft inzwischen Menschen auf der ganzen Welt.

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
Entwicklung zahlreicher Solidaritätsinitiativen in Reaktion auf den sich einstellenden Bedarf (auf verschiedenen Ebenen) Solidarität auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene, die zu mehr gesellschaftlichem Zusammenhalt führt	<ul style="list-style-type: none"> - Verwendung von Solidarität, Zusammenhalt und Aufwärtskonvergenz als Leitprinzipien bei der Erstellung und Verwaltung des EU-Haushalts - Weitere Förderung von Nichtdiskriminierung, Chancengleichheit und Freizügigkeit im Wege von auf den Grundsätzen der europäischen Säule sozialer Rechte beruhenden Strategien und Programmen
Druck, neue Wege zur Bewältigung unerwarteter Herausforderungen zu finden fördert maßgebende Neuerungen und beschleunigt zuvor bestehende Entwicklungen bei digitalen Anwendungen	<ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung der EU zum „Global Brain“, das gemeinsames Experimentieren und Lösen von Problemen leichter macht
Rasche Einführung und drastisch erhöhte Nutzung von technologischen Lösungen, einhergehend mit einem größeren Risiko von Überlastungen und Ausfällen der Infrastruktur, von Cyberkriminalität, Datenschutzverletzungen und Ungleichheit	<ul style="list-style-type: none"> - Streben nach digitaler Resilienz z. B. durch Bekämpfung der digitalen Kluft mit Blick auf eine leicht zugängliche und erschwingliche Internetanbindung und digitale Fähigkeiten und Kompetenzen - Förderung offener Daten bei gleichzeitigem Schutz der Daten und Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger

7.3. Was die EU tun kann

All diese Beispiele zeigen ein auf die Krise zurückzuführendes verändertes Verhalten der Öffentlichkeit. Zudem machen sie deutlich, wie Technologie zur [Bildung und Stärkung von Gemeinschaften](#) genutzt werden kann. Während die Technologie zur Bewältigung der Krise von zentraler Bedeutung ist, bringt ihre Anwendung auch Risiken und Herausforderungen mit sich: von ihren potenziellen Auswirkungen auf die Gesellschaft über die unbeabsichtigte „Festverdrahtung“ von Strategien für das Krisenmanagement bis zur Gefahr durch Schwachstellen in der Infrastruktur. Der EU stehen [mehrere Instrumente](#) (z. B. Gesetzgebung, gegenseitiges Lernen und Finanzierung) zur Förderung und Stärkung positiver Entwicklungen und zur Umgehung der möglichen, sich aus der Krise ergebenden Fallstricke zur Verfügung. Der neue Vorschlag für einen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) soll [zusammen mit](#) dem Instrument „New Generation EU“ in den kommenden Jahren für Solidarität unter den Mitgliedstaaten sorgen, indem praktische Schritte in Richtung einer [Schuldenvergemeinschaftung](#), eines Finanzausgleichs und einer besseren Abfederung asymmetrischer Schocks auf lokaler Ebene unternommen werden. Mit der künftigen Haushaltsführung kann die Solidarität gestärkt werden, und zwar nicht zuletzt, indem die Mitgliedstaaten zur Durchführung [interner Reformen](#) bewegt werden, in deren Vordergrund eine nachhaltige, gerechte und grüne digitale Wende steht, und indem den [nationalen Parlamenten](#) und den [Bürgerinnen und Bürgern](#)

gleichzeitig potenziell mehr Zuständigkeiten und mehr Eigenverantwortung übertragen werden. In Anwendung der Grundsätze der [europäischen Säule sozialer Rechte](#) kann die EU mit Blick auf die Anpassung der Wohlfahrtsstaaten an die neuen Realitäten der Arbeit und des täglichen Lebens zudem als [schützender Raum](#) fungieren.

Das neue Maß an digitaler Konnektivität könnte so reguliert werden, dass mehr Wachstumschancen entstehen und gleichzeitig Ungleichheiten abgebaut werden. Die EU kann bei der [Politikgestaltung und politischen Praxis](#) eine führende Rolle spielen und für eine engere Einbindung der Interessenträger und der Bürgerinnen und Bürger sowie für den Fluss [offener Daten](#) sorgen, während sie gleichzeitig den [Schutz der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger](#) gewährleistet. Wenn die EU als „Global Brain“ mit solidem institutionellen Rahmen agiert, könnte sie dazu beitragen, [kollektive Intelligenz](#) – d. h. große Personengruppen, die – oft mithilfe von Technologie – gemeinsam Entscheidungen treffen – zur Förderung moderner Transformationen zu nutzen. Der [EUvsVirus Hackathon und Matchathon](#), der im April und Mai von der Europäischen Kommission veranstaltet wurde und an dem sich 30 000 Menschen aus der ganzen EU beteiligten, ist hierfür ein gutes Beispiel. Darüber hinaus sollte sich die Union weiter darum bemühen, grundlegende [Breitbanddienste für alle Europäer](#) zur Beseitigung der Kluft zwischen Stadt und Land verfügbar zu machen, widerstandsfähige und vertrauenswürdige Telekommunikationsnetze zur Verwirklichung der Ziele der Kommission für eine [Gigabit-Gesellschaft bis 2025](#) – also 5G- und Glasfasernetze – zu entwickeln, und die [Entwicklung von Kompetenzen](#), insbesondere [digitaler](#) Kompetenzen, zu fördern.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

In seiner im April nach dem Ausbruch der Pandemie angenommenen [Entschließung](#) hat das Europäische Parlament darauf hingewiesen, dass Solidarität eines der Grundprinzipien der Verträge ist und gemeinsame europäische Maßnahmen als unmittelbare Reaktion und als Ausweg aus der Krise gefordert. Es verwies auf die Rolle des MFR als Instrument der Solidarität und schlug die Schaffung eines teilweise vom MFR unabhängigen EU-COVID-19-Solidaritätsfonds bestehend aus Finanzhilfen und über den EU-Haushalt garantierten Darlehen vor – ein Vorschlag, der im [darauf folgenden Monat](#) mit der Forderung nach einem weitaus umfassenderen Aufbaufonds noch erweitert wurde. Ferner betonte es, dass der europäische Grüne Deal und der digitale Wandel im Mittelpunkt des Konjunktur- und Wiederaufbaupakets stehen sollten, damit die Wirtschaft angekurbelt wird. Dies schloss die geplante Aktualisierung des Aktionsplans für digitale Bildung mit ein. In seiner [Entschließung](#) vom Mai wies das Parlament noch einmal darauf hin, dass ein „ambitionierter, von Verantwortungsbewusstsein geprägter und auf Solidarität ausgerichteter MFR-Notfallplan“ als Fundament für eine angemessene Krisenreaktion und eine Belebung der Konjunktur erforderlich ist.

8. Beschleunigung des Übergangs zu einem nachhaltigen und intelligenten Verkehr

Die EU denkt über die Zeit nach der Krise nach, und hier bietet der Verkehrssektor großes Potenzial, durch Innovation zur konjunkturellen Erholung beizutragen. Zudem wird er beim Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft eine Schlüsselrolle spielen.

8.1. Umgang mit den Folgen des Personen- und Güterverkehrs

Die globalen Entwicklungen in Form von Klimawandel und rascher Urbanisierung werden die Pandemie überdauern, sodass die politischen Entscheidungsträger Lösungen für die damit verbundenen Probleme, einschließlich der Auswirkungen des Verkehrs auf die Umwelt, finden müssen. Die EU setzt sich nach wie vor entschlossen für die Bekämpfung des Klimawandels und eine stärkere Nachhaltigkeit des Verkehrs ein. Sie hat CO₂-Emissionsgrenzen für Straßenfahrzeuge und Ziele für die Betankungsinfrastruktur für alternative Kraftstoffe und die Beschaffung sauberer Fahrzeuge festgelegt. Sie fördert die Elektrifizierung des Verkehrs und die Entwicklung alternativer Kraftstoffe. Gleichzeitig bemüht sie sich um mehr Nachhaltigkeit im Luft- und Seeverkehr und unterstützt die vermehrte Nutzung von Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen. Zudem setzt die EU seit Langem auf einen Wandel bei der städtischen Mobilität und auf Bemühungen um die Nutzung von Digitalisierung und Automatisierung, um für ein nachhaltigeres und lebenswerteres städtisches Umfeld zu sorgen.

8.2. Die Auswirkungen der Pandemie auf den Verkehr

Durch die Verhängung von Quarantänemaßnahmen verringerte sich der Verkehr drastisch. Dies galt für alle Verkehrsträger, insbesondere aber für den Personenverkehr. Das Verkehrsaufkommen wird voraussichtlich erst in einigen Jahren wieder den Stand vor der Pandemie erreichen und es waren staatliche Interventionen zur Rettung von in diesem Sektor tätigen Gesellschaften nötig. Der Güterverkehr nahm mit sinkender Nachfrage ab, allerdings wurde der grenzüberschreitende Straßengütertransport innerhalb der EU durch die Schaffung von sogenannten [„Green Lane“-Übergangsstellen](#) sichergestellt. Die verkehrsbedingten Emissionen sanken durch die verringerte Aktivität drastisch, steigen seit der Aufhebung der Einschränkungen aber wieder. Durch die Pandemie wurde die Prävention von Infektionskrankheiten zu einem zwingenden Erfordernis bei der Organisation des Personenverkehrs. Dadurch wurden auch die Art, wie die städtische Mobilität organisiert ist, und die damit verbundenen Herausforderungen der Überlastung und Überfüllung deutlich. Seit Aufhebung der Beschränkungen werden öffentliche Verkehrsmittel nur zögerlich genutzt und die Wiederaufnahme der Reiseaktivitäten verläuft schleppend, da sich die Menschen davor fürchten, dem Virus in geschlossenen Räumen ausgesetzt zu sein. Gleichzeitig hat sich der Bedarf an Beförderungsleistungen geändert, da vermehrt von zu Hause aus gearbeitet und häufiger online eingekauft wird, Trends, die sich in Zukunft fortsetzen könnten. Zu den von vielen Städten ergriffenen Sofortmaßnahmen zählten die Aufforderung an die Menschen, verstärkt das Fahrrad zu nutzen, und die Verbreiterung der Fahrradwege und der verkehrsfreien Zonen, damit mehr Abstand gehalten werden kann. Allerdings hat die Pandemie auch zu einer Debatte darüber geführt, wie sich durch Nutzung von Entwicklungen im Bereich der automatisierten Fahrzeuge, ein neues Fahrzeugdesign und das Konzept „Mobilität als Dienstleistung“ Wege finden lassen, die Gesundheit der Menschen zu schützen und das Vertrauen in öffentliche Verkehrsmittel zu stärken.

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
Größere Bedeutung von Innovation und neuen Geschäftsmodellen für die wirtschaftliche Erholung und die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung der Entwicklung eines intelligenten und nachhaltigen Verkehrs im Rahmen nationaler Konjunkturpläne - Förderung der Nutzung alternativer Kraftstoffe
Erfordernis staatlicher Eingriffe bei einzelnen Verkehrsunternehmen	<ul style="list-style-type: none"> - Bieten von Anreizen im Rahmen staatlicher Rettungspakete zur Beschleunigung der Nachhaltigkeit von Verkehrsunternehmen, der Verkehrsverlagerung und multimodaler Verkehrslösungen
Möglichkeit, dass die Unternehmen ihre Transport-Lieferketten diversifizieren und die Fertigung wieder ins Inland verlagern, um gegen künftige Störungen besser gewappnet zu sein	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung nachhaltiger Verkehrsinfrastrukturverbindungen und Stärkung von Initiativen zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und auf Binnenwasserwege
Durch verstärkte Inanspruchnahme von elektronischem Handel und Telearbeit ändert sich möglicherweise der Bedarf an städtischer Mobilität. Aus Angst vor Ansteckung meiden die Menschen öffentliche Verkehrsmittel Änderung der Erwartungen der Öffentlichkeit an das städtische Umfeld	<ul style="list-style-type: none"> - Austausch bewährter Verfahren bei der Umgestaltung urbaner Räume - Stärkere Unterstützung der Entwicklung der automatisierten und vernetzten Mobilität, intelligenter Verkehrssysteme und neuer Fahrzeugdesigns - Bereitstellung von EU-Mitteln für den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur
Verstärkte öffentliche Akzeptanz von kontaktlosen Zustelloptionen für die „letzte Meile“, z. B. Lieferung per Drohne, per kleinen automatisierten Fahrzeugen oder per Paket-Roboter	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkere Unterstützung der Forschung zu und Entwicklung von kontaktlosen Zustellmöglichkeiten, einschließlich des Verkehrsmanagements - Prüfung geeigneter Regelungsrahmen für die Förderung der Marktentwicklung
Zurückhaltung bei Fernreisen führt zu geänderten Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Urlaubsreisen	<ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung von Initiativen zur Entwicklung von Nahtourismus-Möglichkeiten, einschließlich des Fahrradtourismus

8.3. Was die EU tun kann

Es wird davon [ausgegangen](#), dass der von der Pandemie verursachte Konjunkturreinbruch der stärkste seit der Weltwirtschaftskrise ist. Innovation wird für die Rückkehr zu Wirtschaftswachstum von zentraler Bedeutung sein, und diejenigen, die bei Innovationen am schnellsten vorankommen, werden am meisten profitieren. Die technologische Entwicklung und Digitalisierung im Verkehrssektor bietet zahlreiche Chancen für Innovationen in Form von neuen Diensten und Geschäftsmodellen, die wiederum Spill-over-Effekte auf andere Sektoren erzeugen, sowie für die Wahrung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU. Mit dem vorgeschlagenen [europäischen Aufbauplan](#) und dem [Grünen Deal](#) wird dem intelligenten und nachhaltigen Verkehr bereits erhebliche Bedeutung zugemessen, und die Kommission wird bis Ende 2020 eine entsprechende Strategie vorlegen. Die EU sollte Forschung und Entwicklung verstärkt unterstützen, Regelungsrahmen entwickeln und sich dafür einsetzen, dass das Konjunkturpaket und die nationalen Konjunkturpläne zur Entwicklung einer intelligenten und nachhaltigen Mobilität genutzt und in diesem Rahmen auch die neuen, gesundheitsbezogenen Probleme in diesem Bereich gelöst werden.

Da viele einen Blick auf eine mögliche Zukunft des städtischen Lebens werfen konnten, in dem mehr Menschen von zu Hause aus arbeiten, mehr online einkaufen und mehr Rad fahren, könnte die EU die Städte verstärkt bei der Entwicklung einer nachhaltigen städtischen Mobilität mit erneutem Fokus auf eine stärkere Kohärenz mit der Stadtplanung unterstützen. Die geplante Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität sollte ein umfassender Fahrplan mit konkreten Maßnahmen und einem soliden Paket zur Förderung von Forschung und Entwicklung sein, um das Potenzial von Technologie und Digitalisierung zur Verringerung von Überlastung und Überfüllung und zur Förderung von Nachhaltigkeit zu nutzen. Die EU könnte ihre Anstrengungen zur Entwicklung eines Rahmens für automatisierte und vernetzte Fahrzeuge deutlich verstärken und groß angelegte

Demonstrationsprojekte unterstützen. Zudem könnte sie die Entwicklung von „Mobilität als Dienstleistung“-Lösungen unterstützen, um die gemeinsame Fahrzeugnutzung im Stadtverkehr und die Mikromobilität, innovative kontaktlose Zustellösungen für die „letzte Meile“ sowie Innovationen mit Blick auf neue automatisierte und nachhaltige öffentliche Verkehrsmittel zu fördern. Zur Verbesserung der Gesundheit und der Lebensqualität im städtischen Umfeld könnte die EU außerdem die derzeitige Dynamik für die Förderung der Fahrradnutzung, den Austausch über bewährte Verfahren in den Städten, die verstärkte Verwendung von EU-Instrumenten zur Entwicklung einer geeigneten Infrastruktur sowie die Prüfung von Möglichkeiten einer vermehrten Nutzung von Fahrrädern für Warenlieferungen nutzen. Da die Bürgerinnen und Bürger wohl vermehrt nach eher lokalen Reismöglichkeiten suchen werden, könnte die EU nachhaltige Tourismusinitiativen, einschließlich des Fahrradtourismus, unterstützen.

Beispiele staatlicher Unterstützung für den Luftfahrtsektor, geknüpft an die Verringerung von Kurzstreckenflügen, die mit Eisenbahndiensten im Wettbewerb stehen, und für den Raumfahrtsektor, bei hauptsächlichlicher Ausrichtung der Investitionen auf alternative Kraftstoffe, können wegweisend sein. Sollte es zu einer Rückkehr zu den Verkehrsprognosen aus der Zeit vor der Pandemie kommen, d. h. zu einer voraussichtlichen Verdopplung des Personenluftverkehrs und des Straßengüterverkehrs, einer Verdreifachung des Luftfrachtvolumens und einer Vervierfachung des Containerumschlags im Seeverkehr in den kommenden Jahrzehnten, muss die EU mehr für die Förderung der Nachhaltigkeit des Verkehrs tun, wenn sie ihre Klimaziele erreichen will. So sind Anreize und ehrgeizige Ziele für die Herstellung und Nutzung alternativer Kraftstoffe im Rahmen künftiger Luft- und Seeverkehrsinitiativen und für die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe denkbar. Ferner könnte sie die Entwicklung des Bahnverkehrs und der Binnenschifffahrt, des Kurzstreckenseeverkehrs und des intermodalen Verkehrs unterstützen. In der [Industriestrategie](#) der EU erklärt die Kommission, dass Europa wieder mehr in der EU fertigen muss und dass die Pandemie die Rückverlagerung der Industrie in die EU beschleunigen könnte, da die Unternehmen verlässlichere Lieferketten möchten. Dies könnte sich auf die Verkehrsinfrastruktur auswirken und den Druck zur Gewährleistung nachhaltiger Verkehrsverbindungen erhöhen. Gleichzeitig könnte der Druck einer noch weiteren Rückverlagerung, nämlich in das jeweils eigene Land, verringert werden, wenn gewährleistet ist, dass die EU im Fall von Störungen für stabile Handelsströme sorgt, wie sie es z. B. mit den „Green Lane“-Übergangsstellen getan hat.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat in seinen Entschlüssen wiederholt umfassendere Maßnahmen zur Verbesserung der Nachhaltigkeit des Verkehrssektors gefordert. Das Parlament ist ein klarer Befürworter der Nutzung von Digitalisierung und technologischer Entwicklung zur Förderung der Nachhaltigkeit und Sicherheit der städtischen Mobilität. Es wird seine Prioritäten für die Strategie für eine intelligente Mobilität und die Initiativen zur Konjunkturbelebung darlegen und als Mitgesetzgeber die den künftigen Mobilitätsstrategien in der EU zugrundeliegenden Rechtsvorschriften mitgestalten.

9. Verfechtung der europäischen Werte und des Multilateralismus

Die Pandemie ist ein globaler Stresstest für Demokratien auf der ganzen Welt. Mit ihren Werten, in deren Mittelpunkt der Mensch steht, und die relevanter sind denn je, bietet sich für die EU die Chance, demokratische Verbündete hinter einer Anhebung der Standards zu vereinen.

9.1. Die Stunde Europas nutzen, wenn die Realität nach der Pandemie zuschlägt

Die Coronavirus-Pandemie verwandelt und verändert die Welt. Bereits jetzt ist klar, dass die Welt am Anfang der [schwersten Rezession](#) seit der Weltwirtschaftskrise steht. Was ebenfalls deutlich wurde, ist der Kontrast zwischen dem multilateralen, am Menschen orientierten Ansatz der EU einerseits und dem autoritären, nationalistischen, am Regime orientierten Modell andererseits. Eine der ersten und offensichtlichsten geopolitischen Auswirkungen der Krise war der [Kampf der Narrative](#), bei dem einige Akteure autoritärer Staaten – mit China an vorderster Front – versuchten, ihre Schuld am Ausbruch von sich zu weisen, und gleichzeitig den Ruf und die Glaubwürdigkeit der EU aggressiv untergruben. Mit diesen Kampagnen, so schien es, sollten totalitäre Systeme als die wirksamste Lösung in Krisenzeiten dargestellt werden. Darüber hinaus haben Regierungen weltweit die Krise als [Vorwand](#) für immer tiefere Eingriffe in ihre jeweiligen Gesellschaften genutzt, insbesondere durch Einschränkungen der Medienfreiheit und der Meinungsfreiheit. Die Pandemie hat zudem zu einer [neuen Welle](#) an [Überwachungsprogrammen](#) geführt, von denen Technologieunternehmen aus autoritären Staaten profitierten, in denen mit diesen Technologien – da keine Menschenrechte gelten – in großem Umfang Daten und Erfahrungswerte gesammelt werden konnten. Somit profitieren autoritäre Staaten offenbar finanziell von einer vermehrten Überwachung, während gleichzeitig ihre „Soft Power“ gestärkt wird. Zur gleichen Zeit hat die Pandemie die Entwicklung hin zur Schwächerung der globalen Führungsrolle der zunehmend isolationistischen Vereinigten Staaten unter Donald Trump beschleunigt, der die US-Zahlungen an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) im April 2020 trotz des dringenden Erfordernisses von mehr globaler Zusammenarbeit und von Maßnahmen zur Förderung – und nicht zur Schwächung – des Multilateralismus zur Entwicklung gemeinsamer, nachhaltiger, fairer, demokratischer und am Menschen orientierter Lösungen [eingestellt](#) hat.

9.2. Stärkung von am Menschen orientierten Werten und der Governance in Krisenzeiten

Vor diesem Hintergrund ist die EU bei ihrer internen und globalen Reaktion auf die Pandemie ihren am Menschen orientierten [Werten](#) treu geblieben – mit klarem und ausdrücklichem Fokus auf Menschenrechte, Menschenwürde, Gesundheit, Multilateralismus, Nachhaltigkeit und Solidarität bei der Außenpolitik. Darüber hinaus hat sich die innerhalb der EU mit Blick auf den Datenschutz und den Schutz der Freiheit verfolgte Politik nahtlos in ihr außenpolitisches Handeln eingefügt. Es hat sich mehr denn je gezeigt, dass – genau wie das Virus keine Grenzen kennt – der Druck auf die Demokratie und die dringende Notwendigkeit, sie zu verteidigen, eine Aufgabe ist, die ganzheitlich und gemeinsam mit demokratischen Verbündeten auf der ganzen Welt und im Geiste des Multilateralismus angegangen werden muss. Internationale Solidarität steht im Mittelpunkt der [globalen Reaktion](#) der EU auf die Pandemie, darunter 100 Mio. EUR für Sofortmaßnahmen und Bemühungen um die Steuerung einer koordinierten, multilateralen Reaktion. Im Sinne der Forderung von UN-Generalsekretär António Guterres, dass jeder Impfstoff und jede Behandlung als [globales](#)

[öffentliches Gut](#) zu betrachten ist, konnte die EU bereits [9,8 Mrd. EUR](#) in Form von Zusagen mobilisieren. Derweil hat die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, [erklärt](#), dass die EU „alles in ihrer Macht Stehende tun [wird], damit alle Menschen Zugang zu einem Impfstoff haben, egal, wo auf der Welt sie leben“. Was den Handel angeht, ein Bereich, in dem sich die EU stets für eine [nachhaltigere](#) Form der Globalisierung eingesetzt hat, bot die Pandemie die Chance, diesem Ziel mit dem [Vorschlag](#) für neue Regeln für verbindliche Menschenrechte und Umwelt-Due-Diligence in den globalen Lieferketten von EU-Unternehmen näherzukommen.

9.3. Die Auswirkungen des Coronavirus auf die europäischen Werte, einschließlich den Multilateralismus

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
Akteure autoritärer Staaten weisen die Schuld am mangelhaften Umgang mit dem Ausbruch von sich, lenken von eigenen Fehlern ab und untergraben die Glaubwürdigkeit demokratischer Akteure wie der EU	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung einer tragfähigen strategischen Kommunikation, die Fakten zur Reaktion der EU vermittelt - Förderung des vor den Europawahlen eingerichteten Schnellwarnsystems zwischen den Mitgliedstaaten und den G7 - Weiterer Ausbau der Zusammenarbeit mit der NATO
Zunehmender Druck auf den Multilateralismus	<ul style="list-style-type: none"> - Einsatz für eine Anpassung des Multilateralismus an die neuen Realitäten in der Zeit nach der Pandemie und in diesem Rahmen Förderung der Koordinierung in multilateralen Foren
Belastungstest für Demokratien auf der ganzen Welt	<ul style="list-style-type: none"> - Verstärkung der Anstrengungen zur Bekämpfung der Einflussnahme aus dem Ausland (im Sinne der Arbeit des neuen Sonderausschusses des Europäischen Parlaments) - Bestärkung der Bürgerinnen und Bürger darin, sich wieder zu engagieren
Verstärkte Überwachung und Nutzung personenbezogener Daten	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung der Rolle der EU als Vorreiterin beim Datenschutz und als wertebasierter digitaler Raum und in diesem Rahmen Verstärkung des „Brüssel-Effekts“ ihrer Rechtsetzungsbefugnisse
Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geraten unter Druck	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkere interne und externe Förderung der Menschenrechte und Freiheiten, einschließlich der Medien- und Meinungsfreiheit. Verschärfung der Sanktionen für Verstöße
Zunahme der Ungleichheiten, wodurch die Gesellschaften weltweit anfälliger für Spannungen werden und sich populistische, nationalistische und autoritäre Tendenzen verstärken	<ul style="list-style-type: none"> - Stärkung des internen/externen Fokus des am Menschen orientierten Ansatzes der EU – einschließlich in der Entwicklungshilfe – im Gegensatz zum regimeorientierten Ansatz autoritärer Staaten
Zunehmende geopolitische Rivalitäten, einschließlich in der Nachbarschaft der EU	<ul style="list-style-type: none"> - Festigung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft sowie dem westlichen Balkan - Verstärkung der Bemühungen des Europäischen Parlaments um Demokratieförderung, einschließlich in den Bereichen Menschenrechte und Wahlbeobachtung

9.4. Wie die EU die europäische und globale Demokratie verteidigen kann

Da Multilateralismus im Mittelpunkt der EU-Außenpolitik steht, spielt die EU bei der Reform, Stärkung und Neubelebung multilateraler Institutionen eine zentrale Rolle. Dies umfasst die von der EU finanzierte unabhängige [Untersuchung](#) des Umgangs der WHO mit dem Covid-19-Ausbruch ebenso wie Anstrengungen zur Sicherstellung der künftigen Finanzierung der Organisation. Inmit-

ten der Pandemie haben die WHO und die EU ihre Zusammenarbeit an der universellen Gesundheitsversorgung zur Verringerung von Ungleichheiten im Bereich der Gesundheit [verstärkt](#). Die Anstrengungen der EU zum Schutz der Demokratien gehen auch über ihre eigenen Grenzen hinaus. Die EU fungiert bereits als Richtungsgeberin für die Demokratien, wenn es darum geht, Druck auf wichtige Online-Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation auszuüben. Dieser Vorstoß wurde 2018 zu einem Bestandteil des [europäischen Konzepts](#) zur Bekämpfung von Desinformation im Internet und während der „Infodemie“ wurden die diesbezüglichen Bemühungen noch einmal verstärkt. Genau wie die [Datenschutz-Grundverordnung](#) für den Rest der Welt zum Goldstandard wurde, hat auch der Rechtsakt der EU über digitale Dienste das Potenzial, als globaler [Vorreiter](#) für digitale Rechte die Werte und Normen der EU in die digitale Welt und weit über die Grenzen des Kontinents hinauszutragen (der sogenannte „Brüssel-Effekt“). In gleicher Weise kann auch der von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, angekündigte [„neue Schwung für die Demokratie in Europa“](#) der globalen Demokratie neue Impulse verleihen. Hierfür muss die EU die Beziehungen zu gleichgesinnten demokratischen Verbündeten auf der ganzen Welt weiter stärken und gemeinsame Werte und Visionen koordinieren. Diese vereinten demokratischen Kräfte müssen die – hoffentlich nur vorübergehende – Lücke füllen, die die Vereinigten Staaten auf der Weltbühne hinterlassen haben. Der einzigartige globale Einfluss, den die EU als gesetzgeberische und wirtschaftliche Supermacht hat, bedeutet, dass die EU – indem sie für den Umgang mit einem geopolitischen Umfeld [fit gemacht wird](#), das zunehmend durch Konkurrenzdenken geprägt ist, – automatisch auch die Demokratien auf der ganzen Welt befähigt, dasselbe zu tun. Diese Rolle geht jedoch auch mit der großen Verantwortung einher, den Worten auch Taten folgen zu lassen, und zwar nicht nur in der EU selbst, sondern auch – und ganz besonders – in der Nachbarschaft der EU und im westlichen Balken.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Die [europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien](#), die ihre Arbeit am 1. Juni 2020 aufnahm, soll durch nationale Zentren in den EU-Mitgliedstaaten ergänzt werden. Mögliche weitere Zentren in Partnerländern könnten in die Wahlbeobachtung einbezogen werden. Das Europäische Parlament spielt hier eine Schlüsselrolle und könnte – in Abstimmung mit dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE – auf die Einrichtung von Zentren im Rahmen von Bemühungen um die weltweite Angleichung und Systematisierung der Überwachung und Untersuchung von Desinformation hinwirken. Mit dem neuen [Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland](#), der im September 2020 seine Arbeit aufnehmen wird, sendet das Parlament nach innen und nach außen ein klares Signal, dass es bereit ist, sich im Kampf gegen die Versuche autoritärer Staaten, Demokratien zu untergraben, noch stärker zu engagieren. Diese Arbeit sollte als Grundlage für einen ganzheitlichen europäischen Ansatz dienen, Autoritarismus mit einem intelligenten, breit gefächerten demokratischen Instrumentarium zu begegnen.

10. Neue Impulse für die europäische Sicherheit: Wie Phönix aus der Asche?

Die EU kann die Coronavirus-Krise in eine Chance verwandeln und der GASP neuen Sinn verleihen. Durch Nutzung der Sicherheits- und Verteidigungsinstrumente und einen umfassenderen Blick auf gegenwärtige und künftige Bedrohungen könnte die EU in diesem Bereich zum Vorreiter werden.

10.1. Die Unsicherheit der europäischen Sicherheit

Die Bedrohungen der Sicherheit Europas sind mannigfaltig und immun gegen das Virus. In der südlichen Nachbarschaft der EU schwelen Konflikte und im Osten [verstößt](#) Russland in der Ostukraine weiter gegen den Waffenstillstand und sorgt bei seinen Nachbarn mit seiner [Aufrüstung](#) auf der illegal besetzten Halbinsel Krim für Unsicherheit, während die hybride Kriegsführung, die offensiven Cyber-Aktivitäten und die Desinformationskampagnen des Landes zunehmend Sorge bereiten. Weltweit [traf](#) die Pandemie auf bereits vorhandene Spannungen und schwache Regierungssysteme, weshalb der Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN) zu einem globalen [Waffenstillstand](#) aufrief. Diesem Aufruf wurde jedoch meist nicht oder nur kurz gefolgt. Klimawandel, Pandemien und [biologische](#) Waffen: Dies sind die Gefahren, die die **neue konventionelle Bedrohungslage** ausmachen. Während sich diese Gefahren [längst nicht](#) auf das Militär beschränken, sind auch herkömmliche Bedrohungen wie z. B. [Atomwaffen](#) weiterhin von Relevanz.

Und schließlich gilt: Wenn das multilaterale System leidet, leidet auch die EU. Die internationalen Institutionen sind ins Kreuzfeuer chinesisch-amerikanischer Rivalität geraten und dadurch zunehmend handlungsunfähig. Chinas Vertrauen auf der Weltbühne entspricht seinem Rang als [Land mit den weltweit zweithöchsten Militärausgaben](#), steht aber im Kontrast zur zunehmenden Loslösung der Vereinigten Staaten. Der [Rückzug](#) der Trump-Administration vom Multilateralismus wirft einen immer größeren Schatten auf die US-Sicherheitsgarantie für Europa. Dies hat auch Auswirkungen auf die NATO und die europäische Integration im Bereich der Verteidigung.

10.2. Auswirkungen der Pandemie auf die internationale Sicherheit

Die verheerenden Folgen der Coronavirus-Pandemie haben dazu geführt, dass die Länder in ihrem Bestreben, die Pandemie einzudämmen, anfälliger geworden sind. Europol hat eine Zunahme der [Cyberangriffe](#) verzeichnet, da sich die Kriminellen angepasst und den Umstand ausgenutzt haben, dass die Menschen während des weltweiten Lockdowns auf das Internet angewiesen waren. Auch die Aktivitäten [nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen](#) im Nahen Osten und in Afrika haben zugenommen: Sie haben sich die Beeinträchtigungen bei den Friedenssicherungs- und Krisenmanagementmaßnahmen sowie die Tatsache zunutze gemacht, dass die Augen der Welt auf das Virus gerichtet waren. So hat beispielsweise der [islamische Staat](#) den Umstand, dass die Welt abgelenkt war, genutzt, um Kämpfer zu rekrutieren und Anschläge zu verüben. Auch die Provokationen Russlands haben sich gehäuft, da das Land wiederholt in den [NATO-Luftraum eingedrungen](#) ist. Die Coronavirus-Krise hat zudem zum Gebrauch von Informationen als Waffe und in der Folge zu einer lebensbedrohlichen „[Infodemie](#)“ geführt, bei der die Menschen mit Informationen überschüttet werden, was für Überforderung und Verwirrung sorgt. Ziel dieses Vorgehens ist es, das Vertrauen zu schwächen und die gesellschaftliche [Polarisierung](#) zu verstärken, um eine wirksame Krisenreaktion zu untergraben. Durch die Pandemie kamen auch überholte Ansichten darüber, [was einen Konflikt darstellt](#), auf den Prüfstand, und das Risiko für Gewalt und Instabilität weltweit hat sich erhöht. Mit

anderen Worten hat die Pandemie einige der zuvor bereits bestehenden Bedrohungen für die Sicherheit Europas noch verschärft. Allerdings birgt jede Krise auch Chancen.

(Potenzielle) Auswirkungen	Chancen für die EU
Böswillige Akteure nutzen die durch die Krise verursachten Schwächen aus, um Kontrolle auszuüben	- Nutzung des integrierten Ansatzes
Wirtschaftliche Not bereitet den Boden für den Ausbruch von Konflikten in der Nachbarschaft	- Stärkung der Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
Offenbarwerden sowohl der Grenzen als auch der Unverzichtbarkeit internationaler Organisationen (UN, NATO, EU)	- Förderung von Schulungsmaßnahmen und des Kapazitätsaufbaus auf lokaler Ebene
Enormer Stresstest für die Verteidigungs- und Widerstandsfähigkeit (Cyber-Bereich, Desinformation, Gesellschaft)	- Übernahme einer Führungsrolle bei der Anpassung des Multilateralismus an neue geopolitische Realitäten
Verringerte operative Kapazität bei Friedenssicherungs- und Krisenmanagementmaßnahmen	- Initiierung einer Reform der Institutionen
Neue Impulse für eine strategische Autonomie bei sich überschneidenden politischen Maßnahmen	- Priorisierung von Resilienz und Kapazitätsaufbau in allen Politikbereichen (einschließlich des integrierten Ansatzes)
Einschnitte bei den Verteidigungsausgaben und -investitionen	- Stärkung der GSVP und Erweiterung ihres Geltungsbereichs, um neuen konventionellen Bedrohungen (d. h. Pandemien) wirksamer zu begegnen
Verstärkung des geopolitischen Wettbewerbs	- Stärkung existierender Instrumente
Neueinordnung der Begriffe „Konflikt“ und „Unsicherheit“	- Stärkung des politischen Willens zur Vertiefung einer gemeinsamen Reaktion
	- Förderung des Mehrwerts von Initiativen für den Staatshaushalt wie beispielsweise der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit und des Europäischen Verteidigungsfonds
	- Festigung eines kohärenten EU-Ansatzes für das Engagement von Großmächten und die globale Rolle der EU
	- Ergreifung der Initiative zur Aufnahme von Gesprächen über Möglichkeiten der Entwicklung antizipativer Reaktionen bei nicht konventionellen Szenarien mit den Mitgliedstaaten

10.3. Wie EU-Maßnahmen die Krise in eine Chance verwandeln können

Die Pandemie hat die [Komplexität](#) von Sicherheit und den Mehrwert einer zivil-militärischen Antwort aufgezeigt. Nach der Maßgabe „alle packen mit an“ haben die EU-Mitgliedstaaten und -Institutionen alle verfügbaren Mittel, einschließlich des Militärs, mobilisiert, um der Coronavirus-Krise zu begegnen. Da das [Militär](#) die überforderten Zivilbehörden beispielsweise mit dem Bau von Krankenhäusern, der Abstellung von militärischem Sanitätspersonal und dem Verteilen von Lebensmitteln unterstützt hat, haben die Bürgerinnen und Bürger gesehen, wie vielseitig das Militär bei der Krisenbewältigung einsetzbar ist. Aufgrund des künftig wohl knappen Verteidigungshaushalts könnte die EU nach neuen Möglichkeiten zur **Zusammenführung der zivil-militärischen Ansätze** in ihrer Außen- und Verteidigungspolitik suchen. Von manchen als „[moderne Abschreckung](#)“ bezeichnet, eignen sich zivil-militärische Lösungen sowohl zur Bewältigung „neuer konventioneller“ Sicherheitsbedrohungen als auch zur Stärkung der Resilienz. Passende EU-Instrumente in diesem Zusammenhang sind unter anderem die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, der Europäische Verteidigungsfonds oder der [Pakt für die zivile GSVP](#). Darüber hinaus könnte der **integrierte Ansatz der EU**, mit dem Diplomatie, Wirtschaftssanktionen und das Krisenmanagement im Wege des auswärtigen Handelns der EU zusammengeführt werden sollen, vertieft und besser mit der GSVP verknüpft werden. Mit der Aufnahme neuer sicherheitspolitischer Aspekte in einen solchen Ansatz

und einer konsequenten Umsetzung wäre die EU widerstandsfähiger und besser in der Lage, auf künftige Bedrohungen zu reagieren. Da beim Haushalt für Verteidigung und Friedenssicherung in Zeiten wirtschaftlicher Not gerne [der Rotstift angesetzt](#) wird, wird die EU wohl lernen müssen, mit weniger Mitteln möglichst viel zu erreichen.

Multilateralismus steht im Mittelpunkt der EU-Außenpolitik und die EU kann sich dafür einsetzen, dass internationale Institutionen gestärkt und nicht geschwächt werden. So könnte sie beispielsweise ihre Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen vertiefen. Die [Reaktion der NATO auf das Coronavirus](#) und ihre Abstimmung mit der EU zeigen ebenfalls, wie wertvoll Partnerschaften und zivil-militärische Ansätze sind. So könnte eine engere Kooperation in die strategische Planung aufgenommen werden: die Agenda der [NATO für 2030](#) und den EU-Prozess des [Strategischen Kompasses](#).

Zur Formulierung einer „tragfähigen Außenpolitik für die ungewisse Welt nach dem Virus“ braucht die EU eine operationalisierte, ehrliche und kohärente Beurteilung der Bedrohungslage. Die EU könnte zudem das immer deutlicher zutage tretende Vakuum in der regelbasierten Weltordnung füllen. Für die hierfür nötige internationale Glaubwürdigkeit braucht es jedoch neben ziviler und normativer auch militärischer Macht. Eine faktenbasierte Darstellung der EU-Solidarität, der [europäische Solidaritäts-Tracker](#), zeigt, dass die EU sehr gut als Katalysator für die außenpolitischen Bestrebungen der Mitgliedstaaten funktioniert. Da ihr wertvoller Beitrag während der Krise für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar geworden ist, kann die EU diese Dynamik nutzen, um noch mehr Menschen für sich zu gewinnen, ein stärkeres Bewusstsein für die Herausforderungen zu schaffen und sich gleichzeitig die Legitimität zu erarbeiten, diese Herausforderungen anzugehen. Die Coronavirus-Krise könnte somit die Asche sein, aus der Phönix emporsteigt.

Die Rolle des Europäischen Parlaments

Wie der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, und Kommissar Thierry Breton [hervorgehoben](#) haben, hat die Pandemie erneut die Frage nach der [Souveränität und der globalen Rolle](#) der EU aufgeworfen. Nach ihrer Ansicht ist „Europa erwachsen geworden“. Das Europäische Parlament, das wiederholt [Maßnahmen](#) zur Stärkung der Kapazitäten der EU, „als globaler Partner ... und als positive Kraft [aufzutreten]“ gefordert hat, könnte noch mehr tun, um anderen EU-Organen dabei zu helfen, diese Dynamik zu nutzen. Mit seinen Berichten und Entschlüssen kann das Parlament eine bürgerorientierte Perspektive in die Debatte einbringen und gleichzeitig bei den Wählerinnen und Wählern mehr Bewusstsein für diese Angelegenheiten schaffen. Die globalen (wechselseitigen) Abhängigkeiten, die durch das Virus deutlich geworden sind, bieten für die EU die Chance zur Stärkung ihrer Eigenständigkeit in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ein Bereich, in dem die EU direkt handeln könnte, wäre beispielsweise, sich glaubwürdig als Vorreiterin im Bereich der ethischen technologischen Innovation zu positionieren. Das Parlament hat in diesem Bereich [bereits](#) einen wertvollen Beitrag geleistet und tut dies auch [weiterhin](#).

Während es in vielen Stellungnahmen und Analysen verständlicherweise in erster Linie um die Maßnahmen zur Bekämpfung und Abmilderung der unmittelbaren Auswirkungen der Coronavirus-Krise in Europa und der Welt ging, hat man sich mit den möglichen Chancen, die die Krise in Zukunft für eine bessere Politik bietet, noch relativ wenig befasst. In dieser Analyse des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments (EPRS) wird auf zehn Bereiche eingegangen, die Potenzial für Verbesserungen bieten könnten, wie beispielsweise eine engere Zusammenarbeit bei der Gesundheitspolitik, die Nutzung der Klimamaßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Erholung, neue Ansätze für die Arbeitswelt, die zukunftssichere Gestaltung der Bildung, die Nutzung des elektronischen Handels und die Verfechtung der europäischen Werte und des Multilateralismus.

Veröffentlichung des Wissenschaftlichen Dienstes für die Mitglieder
EPRS | Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments.



PE 652.035
ISBN 978-92-846-6953-0
doi:10.2861/281781